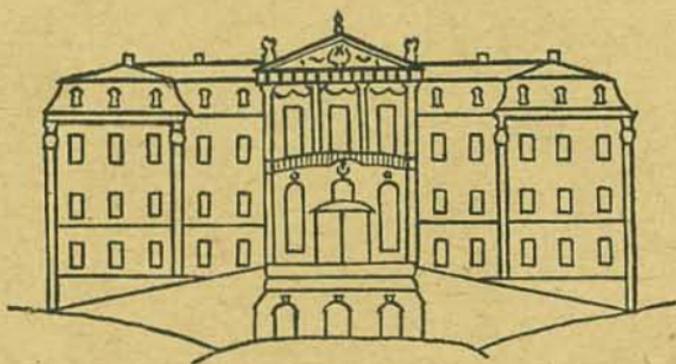


Hefte aus Burgscheidungen

Siegfried Baltrusch

Für Deutschlands Frieden und
Deutschlands Zukunft



139

Herausgegeben vom Sekretariat des Hauptvorstandes
der Christlich-Demokratischen Union

Eing.-Nr. 15922
Sign. C 4AD

Hefte aus Burgscheidungen

Siegfried Baltrusch

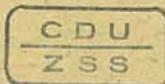
Für Deutschlands Frieden und
Deutschlands Zukunft

Christlich-Demokratische Union
Zentrale Schulungsstätte „Otto Nuschke“
Burgscheidungen / Unstrut

Lfd. Nr. 2329 /

1965

Herausgegeben vom Sekretariat des Hauptvorstandes
der Christlich-Demokratischen Union



Inhalt

Vorwort	5
1. Die DDR — der Stolz der deutschen Nation	7
2. Die Bundesrepublik — Fortsetzung des „Irrwegs unserer Nation“	23
3. Wo ist der Weg zur Lösung der nationalen Frage?	41

Eing.-Nr. 15922/72
Sign.

Vorwort

Sinn und Zweck des vorliegenden „Heftes aus Burgscheidungen“ ist es, aktuelle Probleme der nationalen Politik an Hand der Ergebnisse des 11. Parteitages der CDU sowie einiger wichtiger zeitgeschichtlicher Dokumente aus dem Jahre 1964 und vom Jahresbeginn 1965 darzustellen, um damit eine Grundlage für die politisch-ideologische Auseinandersetzung über diese Fragen in unseren Parteiverbänden zu geben. So wird die Gegensätzlichkeit der nationalen Konzeption beider deutscher Staaten veranschaulicht und die historische Bedeutung der DDR im Hinblick auf eine echte Lösung der nationalen Frage in Deutschland gewürdigt. In diesem Zusammenhang werden die Mitverantwortung der Christlich-Demokratischen Union gegenüber den Belangen unserer Nation und die Übereinstimmung der Auffassungen der christlichen Demokraten mit denen unseres Staates über den Weg in die Zukunft der Nation verdeutlicht.

Burgscheidungen, Februar 1965

1. Die DDR – der Stolz der deutschen Nation

Gradmesser echter nationaler Gesinnung kann nur die positive Einstellung zu unserem sozialistischen Staat sein. Wir christlichen Demokraten haben uns in Treue gegenüber der deutschen Nation für unseren Staat und für seine Ordnung des gesellschaftlichen Fortschritts entschieden. Die Deutsche Demokratische Republik gewinnt durch ihre aktive Friedenspolitik außerordentliche Bedeutung für die ganze deutsche Nation, für ihren Frieden und Wohlstand und für den Frieden in Europa. Hier, in unserer Republik, hat die Zukunft eines friedliebenden und demokratischen Deutschlands schon Form angenommen.

Diese Tatsache veranlaßt uns christliche Demokraten, die wir aus unserer christlichen Friedensverpflichtung heraus großes Interesse am Gedeihen einer Friedensnation haben, zum Bekenntnis zu unserem Staat und läßt uns freudig und stolz Mitverantwortung für seine Entwicklung tragen. Alles, was in unserer Republik geschieht, betrachten wir als unsere Angelegenheit.

„Wir christlichen Demokraten haben in den 15 Jahren des Bestehens unserer Deutschen Demokratischen Republik – wie alle anderen Bürger dieses Staates – tausendfältig bestätigt gefunden, daß diese Republik unsere Republik, daß ihr Weg unser Weg ist“, unterstrich August Bach in seinem Referat auf dem 11. Parteitag der CDU.

Aus christlicher und staatsbürgerlicher Mitverantwortung heraus gestalten wir christlichen Demokraten auch die Politik unseres Staates zur Lösung der nationalen Frage in Deutschland mit. Das brachte der 11. Parteitag sehr deutlich zum Ausdruck. Im Gegensatz zum 12. Parteitag der westdeutschen CDU ist unsere Partei auf ihrem 11. Parteitag den echten nationalen Anliegen nicht ausgewichen. Sie hat, getragen von dem Bewußtsein ihrer Mitverantwortung gegenüber dem Schicksal unserer Nation, zu den nationalen Lebensfragen konstruktiv Stellung genommen. Sie schätzte realistisch die Situation in Deutschland ein und arbeitete klar heraus, daß der Kern der nationalen Frage die Sicherung des Friedens ist und daß daher die Wiedervereinigung Deutschlands der Erfüllung dieser Grundaufgabe zu dienen hat. Unsere DDR trägt dieser historischen Notwendigkeit Rechnung.

„Wir christlichen Demokraten helfen mit, daß unsere Republik immer mehr die Entwicklung auf deutschem Boden bestimmt; so arbeiten wir für Deutschlands Frieden und Deutschlands Zukunft.“

Dieser Satz der Entschließung des 11. Parteitages der CDU faßt alle Überlegungen und Erkenntnisse unseres Parteitages im Hinblick auf die Lösung der nationalen Frage zusammen.

Die Aussagen unseres Parteitages sind den verantwortungsbewußten christlichen Friedenskräften Westdeutschlands ein Wegweiser, aus der nationalen Misere, die sich in Westdeutschland erneut angebahnt und weiter vertieft hat, herauszukommen. Sie geben ihnen auch Zeugnis davon, wie Christen ihrer nationalen Verantwortung in der Gemeinschaft alle Demokraten unter der Führung der Arbeiterklasse und ihrer Partei in vollem Umfang gerecht werden können. Sie beweisen, daß die moralisch-politische Einheit auch im Hinblick auf die Lebensfragen unserer Nation zu den bedeutendsten Errungenschaften unserer Republik zählt.

Unsere DDR repräsentiert die Macht des Friedens in Deutschland. Deshalb ist es nicht zufällig, daß unsere Staatsführung, an der wir christlichen Demokraten teilhaben, immer wieder eine echte, mit den Interessen der deutschen Nation übereinstimmende Deutschland-Initiative entfaltet. Allein der Weg, den sie zur Wiedervereinigung Deutschlands weist, ist für unser deutsches Volk gangbar, weil allein er zur friedlichen und demokratischen Lösung der nationalen Frage führt. Die DDR geht von den politischen Realitäten innerhalb Deutschlands aus und handelt nach dem Grundsatz, die deutsche Frage friedlich zu lösen. So ist es folgerichtig, daß unser Staat eine aktive Politik der Entspannung betreibt, die der Staatsratsvorsitzende Walter Ulbricht in seiner Rede auf der Festveranstaltung zum 45. Jahrestag der Gründung der KPD am 3. Januar 1964 darstellte.

Eine solche Politik muß in erster Linie von dem Willen getragen sein, das Streben der friedliebenden Menschen beider deutscher Staaten zu unterstützen, das deutsche Volk vor einem neuen Krieg, der ein nuklearer Krieg sein würde, zu bewahren. Eine solche Politik muß sich deshalb mit aller Entschiedenheit gegen das wahnwitzige Bonner Atomrüstungs- und Revanchestreben wenden; sie muß auf Atomwaffenverzicht, Rüstungsstopp und Abrüstungsmaßnahmen, auf die Beseitigung der Reste des Krieges und auf die Normalisierung der Beziehungen zwischen den deutschen Staaten gerichtet sein, um dadurch zur Verminderung der Spannungen innerhalb Deutschlands beizutragen und für unsere Nation den Frieden und die Sicherheit zu gewährleisten. Solche Schritte zur Entspannung entsprechen den gemeinsamen Anliegen aller friedliebenden, nationalgesinnten Deutschen, mögen sie auch in anderer Hinsicht unterschiedliche politische und weltanschauliche Auffassungen vertreten.

Der Abschluß eines Nichtangriffspaktes zwischen den beiden deutschen Staaten wäre ein großer Gewinn für den Frieden unserer Nation. Ein Nichtangriffspakt erlegte beiden deutschen Staaten die hohe Verpflichtung auf, auf ihrem Territorium dafür zu sorgen, daß von deutschem Boden nie wieder ein Krieg

ausgeht. So schlosse ein Nichtangriffspakt auch den ernstesten Willen aller Teilnehmer ein, alle Fragen der Beziehungen untereinander und alle Streitfragen nicht mit militärischer Gewalt, sondern auf dem Wege von Verhandlungen zu regeln.

Da das Ziel eines Nichtangriffspaktes darin besteht, eine Atmosphäre der Entspannung zu schaffen, muß er auch die Selbstverpflichtung eines jeden Teilnehmerstaates zum Inhalt haben, den kalten Krieg abzubauen. Das bedeutete auch, die Kriegshetze und die Hetze gegen die DDR, Erscheinungsformen des kalten Krieges, der die Beziehungen zwischen den Staaten vergiftet und die unheilvolle Flamme eines heißen Krieges nährt, unbedingt einzustellen. Der kalte Krieg hat unsere Regierung gezwungen und zwingt sie noch, im Interesse des Friedens, der Ordnung und Sicherheit, im Interesse des Schutzes der DDR, ihrer Bürger und ihrer friedlichen Arbeit Maßnahmen zu ergreifen, die im Einzelfalle hart erscheinen mögen, aber in ihrer Gesamtheit uns alle bisher vor einem neuen Krieg bewahrt haben. Die Möglichkeit, solche Schutzmaßnahmen abzubauen oder ihre Auswirkungen zu mildern, hängt ganz davon ab, ob die führenden Kreise in Westdeutschland endlich begreifen, daß wir unsere staatliche und gesellschaftliche Ordnung nicht angreifen lassen, und ob die Bevölkerung Westdeutschlands imstande ist, eine Änderung in der westdeutschen Politik zu erzwingen.

In Sorge um das Schicksal der deutschen Nation und im Interesse der Entspannung wandte sich unser Staatsratsvorsitzender Walter Ulbricht am 6. Januar 1964 in einem Brief an den westdeutschen Bundeskanzler Erhard und schlug ihm darin vor, sich mit ihm über den Entwurf eines Vertrages zwischen der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik und der Regierung der Bundesrepublik Deutschland über den umfassenden Verzicht auf Kernwaffen zu verständigen. Walter Ulbricht hebt hervor, daß eine Verständigung über den umfassenden Verzicht auf Kernwaffen im Interesse der Sicherheit der Deutschen in Ost und West, im Interesse des Lebens und der Gesundheit künftiger Generationen, im Interesse des Erhaltung der unschätzbaren künstlerischen und wissenschaftlichen Werte deutscher Vergangenheit und Gegenwart notwendig ist. In dieser Frage — Krieg oder Frieden — darf man sich nicht von Prestige-Interessen oder von Fragen der gegenseitigen Anerkennung leiten lassen. Eine solche Frage verlangt vielmehr aktives politisches Handeln unter Hintanstellung der politischen und weltanschaulichen Meinungsverschiedenheiten. Das bedeutet, gemeinsam wirksame Schritte zur Verhinderung eines atomaren Konflikts zu unternehmen, wie sie in diesem Vertragsentwurf¹⁾ vorgezeichnet sind:

1) vgl.: „Dokumentation der Zeit“; XVI. Jahrgang, Heft 315 (1. Augustheft 1964).

Artikel 1

Die Teilnehmer des Vertrages verpflichten sich:

- a) weder auf eigenem Hoheitsgebiet noch auf dem Gebiet anderer Staaten selbst oder mit fremder Hilfe Kernwaffen zu produzieren;
- b) Kernwaffen oder diesbezügliche Produktions- und Forschungsunterlagen nicht zu erwerben oder anzunehmen;
- c) in keiner Form direkt oder indirekt über dritte Staaten oder Mächtegruppierungen allein oder im Bunde mit anderen Staaten danach zu streben, Verfügungsgewalt über Kernwaffen zu erlangen;
- d) in keiner Weise an Versuchen mit Kernwaffen teilzunehmen;
- e) Kernwaffen jedweder Art auf dem eigenen Hoheitsgebiet nicht zu stationieren oder durch dritte Staaten oder Mächtegruppierungen stationieren zu lassen;
- f) Kernwaffen niemals selbst oder über dritte Staaten oder Mächtegruppierungen zum Einsatz zu bringen.

Artikel 2

1. Die Teilnehmer des Vertrages appellieren an alle Staaten, die in Artikel 1 dieses Vertrages eingegangenen Verpflichtungen zu respektieren und – soweit sie Kernwaffen auf deutschem Boden unterhalten – diese zurückzuziehen.
2. Die Teilnehmer des Vertrages werden sich bemühen, von den Mitgliedstaaten der NATO und des Warschauer Vertrages sowie von den Vereinten Nationen Garantieerklärungen zu erhalten, daß die Deutsche Demokratische Republik und die Bundesrepublik Deutschland als dauernd kernwaffenfreie Gebiete geachtet werden, gegen die in keinem Falle Kernwaffen eingesetzt werden dürfen.

Artikel 3

Die Teilnehmer des Vertrages erklären sich bereit, die Einhaltung des Vertrages einer strengen internationalen Kontrolle zu unterwerfen, die durch eine paritätisch zusammengesetzte Kommission von Vertretern der Mitgliedstaaten der NATO und der Mitgliedstaaten des Warschauer Vertrages ausgeübt wird.

Artikel 4

1. Dieser Vertrag gilt bis zum Inkrafttreten eines allgemeinen Vertrages über das vollständige Verbot der Kernwaffen.
2. Der Vertrag bedarf der Bestätigung in Übereinstimmung mit den innerstaatlichen Bestimmungen der Teilnehmer. Er tritt mit dem Austausch der Bestätigungsurkunden in Kraft. Der Vertrag wird in zwei Exemplaren ausgefertigt, die gleichermaßen authentisch sind.
3. Der Vertrag steht einem Beitritt Westberlins offen.

Gerade heutzutage, angesichts der Tatsache, daß die westdeutschen Ultras kontinuierlich ihre Politik der atomaren Aufrüstung fortsetzen und immer neue Mittel der nationalen Selbstzerstörung ersinnen, angesichts ihrer verbrecherischen Pläne, quer durch Deutschland, entlang der Staatsgrenze zur DDR, einen Atomminengürtel zu errichten, ist es für die

deutsche Nation zur Lebensfrage geworden, unter allen Umständen einem Kernwaffenkrieg zu wehren, ehe es zur Explosion von Atombomben gekommen ist. Die Forderung nach Verzicht auf die Produktion, Lagerung und Anwendung von Kernwaffen ist deshalb national bedeutungsvoll. Dieser Brief ist ein Appell an die Vernunft.

Unser Staatsratsvorsitzende gibt in ihm dem westdeutschen Regierungsoberhaupt auch zu bedenken, daß ein Kernwaffenkrieg auf deutschem Boden niemals nur einen Teil Deutschlands in Mitleidenschaft zöge, sondern die physische Existenz der gesamten deutschen Nation bedrohen würde. Deshalb ist es auch antihuman, etwa Erwägungen anzustellen, wie viele Überlebende es nach einem solchen Inferno unter Umständen noch geben könnte. Ein solches Verhalten widerspricht einer deutschen Politik, der der weitere Bestand unserer Nation, ihr Frieden, ihr Glück und ihr Wohlstand am Herzen liegen müssen.

Der westdeutsche Bundeskanzler ließ diesen Brief unbeantwortet. Ungeachtet dieser Tatsache richtete Walter Ulbricht am 27. Mai 1964 erneut in einem Brief einen Friedensappell an Bundeskanzler Erhard.²⁾ Er beschwor ihn, beide deutsche Staaten mögen, unabhängig von der Frage einer gegenseitigen Anerkennung, in selbständigen Erklärungen auf jegliche eigene Atomrüstung und auf die Unterstützung einer Atomkriegspolitik anderer Staaten verzichten. In dem gleichen Brief fordert unser Staatsratsvorsitzender die Regierung der Bundesrepublik, die Abgeordneten des Bundestages und der Länderparlamente, die Führungen der politischen Parteien, die Gewerkschaften, die Frauenorganisationen, die Bauern- und Jugendverbände auf, zu folgenden drei Fragen Stellung zu nehmen:

1. Frage: Sind Sie für Verzicht auf atomare Rüstung in jeglicher Form, für schrittweise Abrüstung einschließlich entsprechender Kontrollmaßnahmen und für Herabsetzung der Rüstungsausgaben in beiden deutschen Staaten?

2. Frage: Sind Sie für Verständigung und gleichberechtigte Zusammenarbeit der beiden deutschen Staaten und Westberlins mit dem Ziel der Überwindung der Spaltung der Nation und der Schaffung eines einheitlichen, friedliebenden Deutschlands?

3. Frage: Sind Sie im Interesse der Überwindung der Spaltung für die Zusammenarbeit und das allmähliche Zusammenwachsen der beiden deutschen Staaten und Westberlins durch Bildung eines Deutschen Rates, der sich paritätisch aus Vertretern der Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik und des Bundestages der Bundesrepublik zusammensetzt?

Auch dieser Brief, der zum aufrichtigen Bekenntnis zur Nation aufforderte, der letzten Endes ein Prüfstein dafür war, inwieweit die westdeutsche Staatsführung ehrlichen Herzens bemüht ist, nationale Probleme zu lösen, wurde nicht beantwortet.

2) vgl. ebenda.

In den Fragen Walter Ulbrichts im Brief an Erhard sind weitere Voraussetzungen zur Entspannung in Deutschland und damit zur friedlichen Lösung der deutschen Frage formuliert. Neben der umfassenden Abrüstung in beiden deutschen Staaten sind es die Verständigung und die gleichberechtigte Zusammenarbeit der beiden deutschen Staaten, die reale Chancen dafür bieten. Am Anfang des Weges zu einem wiedervereinigten, friedliebenden und demokratischen Deutschland muß deshalb die Anerkennung des „Status quo“ in Deutschland stehen, d. h. die Anerkennung der Existenz zweier gleichberechtigter deutscher Staaten mit verschiedenen Gesellschaftssystemen und staatlichen Ordnungen. Das allein führt zu einem Zustand der friedlichen Koexistenz zwischen den beiden deutschen Staaten, der Verständigung und Zusammenarbeit ermöglicht.

Mit der Herstellung der friedlichen Koexistenz in Deutschland bleiben zwar zunächst beide deutsche Staaten und das Sondergebilde Westberlin erhalten, aber es ändert sich ihr Verhältnis zueinander. Aus Beziehungen des kalten Krieges werden normale, gutnachbarliche, von gegenseitiger Anerkennung getragene Beziehungen. Aus dem feindlichen Gegeneinander wird das friedliche Nebeneinander, aus dem allein das Miteinander erwachsen kann. Die friedliche Koexistenz ist also nicht einfach ein Zustand des Nichtkriegführens, sondern sie schafft die Voraussetzungen, Konflikte zwischen den Staaten auszuschließen. Die friedliche Koexistenz verhärtet nicht den „Status quo“ und verhindert damit die Wiedervereinigung; verhindert wird die Wiedervereinigung Deutschlands vielmehr durch die Verständigungsfeindlichkeit der Bundesrepublik, die sich in der Nichtanerkennung des „Status quo“ ausdrückt. Sie schließt praktisch die friedliche Koexistenz der beiden deutschen Staaten aus.

Die friedliche Koexistenz in Deutschland als der entscheidende Schritt auf dem Wege zur Lösung unserer nationalen Frage wird früher oder später hergestellt werden. Der Zeitpunkt dessen hängt wesentlich davon ab, wie es die westdeutsche und die Westberliner Bevölkerung verstehen, durch Forderungen und Aktionen, und wie es die DDR versteht, auf ihre wachsende eigene Stärke und die ihrer Bündnispartner gestützt, durch ihre politische Offensive den Einfluß der rechtsradikalen Kräfte in Bonn und Schöneberg in der Bundesregierung und dem Senat von Westberlin zurückzudrängen und dem realistischen Denken zum Durchbruch zu verhelfen. Die Lösung der nationalen Frage und mit ihr die schließliche Wiedervereinigung Deutschlands sind und bleiben also ein Problem der weiteren Veränderung des Kräfteverhältnisses in Deutschland und der Herstellung der Sicherheit in Europa.

Wir christlichen Demokraten treten für diese Politik der friedlichen Koexistenz ein und helfen auf diese Weise, die nationale Frage zu lösen. Wir sind der Meinung, daß diese Politik eine unerläßliche Voraussetzung für das friedliche Zu-

sammenleben der beiden deutschen Staaten darstellt und einen neuen Krieg zu verhindern vermag.

„Wer für die friedliche Koexistenz wirkt und ihren Grundsätzen weitere Anerkennung zu schaffen sucht, der hält den Schlüssel in der Hand, der unter den heutigen Bedingungen zur Verhinderung des Krieges führt“, bekannte August Bach im Namen der Mitglieder der CDU auf dem 11. Parteitag.

In unserem Streben, die nationale Frage in Deutschland durch unseren Beitrag zur Durchsetzung der Prinzipien der friedlichen Koexistenz zu lösen, wissen wir uns eins mit den Friedensbestrebungen der weltkirchlichen Organisationen und hoher Persönlichkeiten der Weltchristenheit; wir distanzieren uns von denjenigen kirchlichen Kreisen in Westdeutschland, die die Atomrüstungspläne und die koexistenzfeindliche Politik der westdeutschen Regierung vertreten und unterstützen. Die „Botschaft an die Kirchen und Christen“ und der „Aufruf an die Regierungen, Parlamente und maßgebenden Persönlichkeiten der Welt“, diese Friedensappelle der II. Allchristlichen Friedensversammlung in Prag, zeugen von jener übereinstimmenden Haltung. Der in Bombay tagende 38. Internationale Eucharistische Kongreß trug dem Friedensstreben ebenfalls Rechnung, indem Papst Paul VI. von ihm aus abermals einen Appell an alle Regierungen zur Einstellung des Wettrüstens richtete. Und am 11. Februar 1965 wandte sich Papst Paul VI. bei seiner wöchentlichen Generalaudienz im Vatikan wiederum an die führenden Staatsmänner der Welt:

„Wir wenden Uns an jene, die zu dieser Zeit für die Sicherheit und das Wohlergehen der Völker verantwortlich sind. Die Beziehungen unter den Staaten sollten auf der Grundlage gegenseitiger Achtung und gegenseitigen Vertrauens sowie nach den moralischen Prinzipien wiederhergestellt werden, die natürlich und aus diesem bestimmten Grunde christlich sind. Sie sollten die internationalen Organisationen stärken, die zur Verhinderung von Aggressionen der Macht in der Lage sind, sie sollten sie gebrauchen, unterstützt durch allgemeine Achtung, um die loyale Einhaltung von Abkommen zu gewährleisten.“³⁾

Auch die Europäische Katholikentagung in Berlin nahm eindeutig gegen die Pläne einer multilateralen Atomstreitmacht (MLF) Stellung. In der III. Sessionsperiode des vatikanischen Konzils forderte der holländische Kardinal Alfrink, eine eindeutige Verurteilung der Atomwaffen im Sinne der Enzyklika „Pacem in terris“ in das Schema „Die Festigung des Friedens“ aufzunehmen. Auch der Arbeitsausschuß der Christlichen Friedenskonferenz, der im November 1964 in England tagte, hat sich mit einem Appell an sämtliche NATO-Regierungen gewandt, die Pläne zur Bildung einer multilateralen Atomstreitmacht aufzugeben, da sie die politischen Spannungen verschärfen und die Gefahr der Verbreitung von Kernwaffen vergrößern würden.

3) vgl. „Neue Zeit“ vom 13. 2. 1965.

„Eine Politik der Vernunft und des guten Willens, internationale Annäherung durch Vertrauen und Verträge – das sind die entscheidenden Forderungen, die immer wieder in diesen Verlautbarungen erhoben werden. Diese Linie, auf der sich heute die christliche Verantwortung für den Frieden der Völker realisiert, stimmt völlig mit jener politischen Konzeption überein, die unsere Partei seit langen Jahren um des Friedens und um unseres Volkes willen verfolgt. Sie trägt den gebieterischen Notwendigkeiten der heutigen weltpolitischen Situation Rechnung, und sie entspricht den Lebensinteressen unserer eigenen Nation“, führte August Bach in seinem Referat auf dem 11. Parteitag aus.

Im Interesse der Normalisierung der Beziehungen zwischen beiden deutschen Staaten als Voraussetzung zur gegenseitigen Verständigung ist unsere Regierung zu Verhandlungen mit jeder westdeutschen Regierung auf der Grundlage der Gleichberechtigung und gegenseitigen Anerkennung bereit. Da sich die gegenwärtige westdeutsche Regierung nicht zu Kontakten mit der DDR bereit zeigt, ist es im Interesse der deutschen Nation unumgänglich, daß sich die Organisationen der Arbeiterklasse, die SPD und die westdeutschen Gewerkschaften, mit den entsprechenden Organisationen in der DDR zu gemeinsamen klärenden Gesprächen zusammenfinden. Zu diesem Zweck schlug Walter Ulbricht in seiner Festrede anlässlich des 15. Jahrestages der Gründung der DDR einen Verständigungsfrieden zwischen der SED und der SPD sowie den Gewerkschaften in beiden deutschen Staaten vor.

Wir christlichen Demokraten erstreben, unserer nationalen Mitverantwortung eingedenk, Gespräche mit den verantwortungsbewußten demokratischen Kräften in der CDU/CSU, mit der friedliebenden christlichen Bevölkerung Westdeutschlands überhaupt. Wir suchen nach Wegen, den christlichen Menschen den Blick zu schärfen für die antinationale Politik der westdeutschen rechtsextremistischen Kräfte, bei ihnen das Verständnis für unsere nationale Politik zu wecken, ihnen die Wahrheit zu verkünden. Der Hauptvorstand der CDU befürwortete in diesem Sinne auf seiner II. Sitzung (Dezember 1964 in Weimar) erneut derartige Gespräche, die zu einer Klärung der Standpunkte führen könnten.

„Jedes solches Gespräch, davon sind wir zutiefst überzeugt, entspricht den Prinzipien christlicher Verantwortung für den Mitmenschen und für den Frieden tausendmal mehr als jener Weg, der über die Beteiligung an Atomwaffen die Lage in Deutschland und in Europa weiterhin verschärft, die friedliche Lösung der deutschen Frage auf den St. Nimmerleinstag verschiebt und ständig die Gefahr eines atomaren Weltkrieges einschließt“, betonte Gerald Götting in seinem Referat. Ein konstruktiver Beitrag zur Unterstützung dieses Gesprächs ist das in Weimar verabschiedete Schreiben des Hauptvorstandes unserer Partei an die westdeutsche CDU/CSU. Dieser Brief beschwört die führenden Politiker in der Bundesrepublik, die

furchtbaren Konsequenzen einer atomaren Aufrüstung ernsthaft zu überdenken. Wörtlich heißt es darin unter anderem:

„In christlicher Verantwortung für die Zukunft unserer Nation wendet sich der Hauptvorstand der Christlich-Demokratischen Union von seiner Beratung in Weimar an den Bundesvorstand der CDU in der Bundesrepublik und an die Landesvorstandsschaft der CSU, um die Verständigung zwischen den beiden deutschen Staaten zu fördern und jede weitere Vertiefung der Spaltung Deutschlands, jede weitere Bedrohung einer friedlichen Entwicklung Europas zu verhindern...“

Ungeachtet aller Meinungsverschiedenheiten und trotz gegen teiliger politischer Standpunkte sollte es eingedenk unserer Christenpflicht, Frieden zu stiften und Frieden zu halten, möglich sein, Gedanken der Begegnung und Verständigung über den Ungeist des kalten Krieges zu stellen und wenigstens zu einem Minimum an normalen Beziehungen zu gelangen.

Die deutsche Frage kann nur auf friedlichem Wege gelöst werden. Eine reale Einschätzung der Lage zwingt zu der Erkenntnis, daß es sowohl aussichtslos ist, die DDR durch militärische Aktionen erobern und integrieren zu wollen, als auch zu versuchen, die DDR wirtschaftlich zu erpressen oder ‚abzukaufen‘. Ein Angriff auf das Territorium der DDR wäre für die Bundesregierung nicht nur ein selbstmörderisches Unternehmen, sondern würde eine weltweite Katastrophe auslösen.

Das aber darf niemals geschehen. Die einzige Alternative besteht in Verhandlungen zwischen beiden deutschen Regierungen im Interesse unseres Volkes. Dafür zu wirken sollte eine dringliche Aufgabe der Mitglieder der CDU/CSU sein...“

Jeder Christ ist gefordert und vor dem Gewissen verpflichtet, getreu der christlichen Botschaft vom Frieden und von der Liebe zum Nächsten das Seine zu tun, um die Gefahren der Atomrüstung und des Krieges zu bannen. Wir christlichen Demokraten der Deutschen Demokratischen Republik, untrennbar verbündet mit allen friedliebenden Kräften unserer Nation, rufen dazu auf. Die Vorschläge unserer Regierung zur Vereinbarung eines Verzichts beider deutscher Staaten auf Kernwaffen stehen dringender denn je auf der Tagesordnung. Sie betreffen auch Ihre Zukunft...“

Dieser Brief an die westdeutsche CDU/CSU soll die klar denkenden und verantwortungsbewußten Kräfte innerhalb dieser Partei ermutigen und ihnen die Richtung einer Politik des Friedens und der Verständigung weisen. Der Brief entspricht voll und ganz dem Appell unseres Parteivorsitzenden August Bach auf dem 11. Parteitag an die christlichen Bevölkerungskreise Westdeutschlands und Westberlins, ihre Selbstbestimmung, ihr Recht auf Frieden und auf eine sichere Zukunft gegen den Widerstand der kalten Krieger durchzusetzen und dafür zu sorgen, daß der Friede in ganz Deutschland eine Heimstatt findet und daß die Probleme, die den Deutschen in Ost und West am Herzen liegen, endlich in Gesprächen zwischen den Deutschen selbst im Sinne der Vernunft und des guten Willens gelöst werden.

Da die westdeutsche Regierung auf alle Verständigungsvorschläge der DDR für einen friedlichen Weg zur Lösung der

nationalen Anliegen bisher nicht eingegangen ist und somit die Spaltung Deutschlands vertieft und zementiert, erachtete es unser Staatsratsvorsitzender Walter Ulbricht für geboten, in seiner Neujahrsansprache 1965 sich direkt an die Bürger Westdeutschlands zu wenden und sie aufzufordern, der Atomrüstung und der Preisgabe der nationalen Interessen durch die Bonner Regierung entschiedenen Widerstand entgegenzusetzen und die herrschenden Kreise in Westdeutschland zu veranlassen, mit der Regierung der DDR auf gleichberechtigter Basis Verhandlungen über die Sicherung des Friedens zu führen:

„Solche sachlichen Verhandlungen der beiden deutschen Staaten über unsere deutschen Probleme erfordern weder eine Genehmigung noch eine Einreiseerlaubnis der USA. Die deutschen Staaten grenzen aneinander und können also leicht festlegen, solche Verhandlungen abwechselnd, einmal in Berlin, der Hauptstadt der DDR, einmal in Bonn, der Hauptstadt der Deutschen Bundesrepublik, zu führen.

Weshalb – so frage ich – sollte es denn nicht möglich sein, daß sich die Regierungen der beiden deutschen Staaten über Maßnahmen der Humanisierung einigen? Eine solche Verständigung ist möglich, wenn beide Seiten von der Sicherung des Friedens ausgehen und bereit sind, mit einer Reihe von Schritten zu beginnen. Solche Schritte wären:

1. Rüstungsstopp in beiden deutschen Staaten und Verwendung der eingesparten Gelder für soziale und Bildungszwecke,
2. Verzicht beider deutscher Staaten auf Atomrüstung in jeglicher Form,
3. Verhandlungen über die Herstellung normaler Beziehungen zwischen beiden deutschen Staaten und zwischen der DDR und dem besonderen Gebiet Westberlin,
4. Beseitigung der Diskriminierung im Handel zwischen den beiden deutschen Staaten und Abschluß eines Vertrages über die gegenseitige Errichtung von Handelsvertretungen,
5. Bildung von gemeinsamen Kommissionen für Fragen des Handels, des Verkehrs, der Finanzen und der Rechtshilfe, die auf gleichberechtigter Basis arbeiten,
6. Einstellung jeder Diskriminierung der Bürger der DDR im Reiseverkehr,
7. Abschaffung der westdeutschen Gesetze, die Bürger der DDR der Willkür westdeutscher Staats- und Justizorgane aussetzen.“⁴⁾

Gleichzeitig appellierte Walter Ulbricht an die Bundesregierung, im Sinne der Humanität auch konsequent für die internationale Entspannung, für die Ächtung und Abschaffung aller Atomwaffen, für die Verminderung der Kriegsgefahr und für Abrüstungsmaßnahmen mit dem Ziel der allgemeinen und vollständigen Abrüstung in Europa und der ganzen Welt einzutreten. – Wie bitterer Hohn mutet es demgegenüber an, wenn der westdeutsche Bundespräsident Lübke in seiner Neujahrsansprache an die „Mitteldeutschen“ heuchelte, daß es aus

4) vgl. „Neue Zeit“ vom 1. 1. 1965.

„humanen Gründen“ dringend geboten sei, die Lage in Deutschland zu verbessern. Nichts sagte er über den Verzicht auf Atomwaffen, nichts über die Beendigung des kalten Krieges gegen die DDR. Oder glaubt er etwa ernstlich, die Lage in Deutschland mit Atomminen verbessern zu können?

Wie anders nimmt sich doch da die Rede Walter Ulbrichts aus! Wenn er von Humanisierung spricht, dann zeugen seine Vorschläge zur Verständigung ernsthaft von dem humansten Anliegen: den Frieden zu sichern. Allein die Verständigung der deutschen Staaten über die nationalen Probleme des Friedens und der Demokratie und nicht die Ablehnung jedes Verhandlungsangebotes würde die Lage in Deutschland verbessern. Die Verwirklichung des Sieben-Punkte-Vorschlages Walter Ulbrichts – das wäre eine echte Konzeption für den Anfang zur Lösung der deutschen Frage.

Die Grundlage zur gegenseitigen Verständigung zwischen den friedliebenden Kräften beider deutscher Staaten und zur Entspannung bietet die Deutsche Friedensdoktrin, in der sich die Anerkennung der Prinzipien der friedlichen Koexistenz offenbart. Sie faßt zusammen, welche Voraussetzungen erfüllt werden müssen, damit es zu einer Verständigung zwischen den deutschen Staaten und dadurch zur Entspannung der Lage in Deutschland kommen kann. Ihre Grundsätze sind:

1. Anerkennung der bestehenden deutschen Grenzen gibt mehr Sicherheit in Europa.
2. Anerkennung der Gleichberechtigung beider deutscher Staaten und die Respektierung ihres Selbstbestimmungsrechts sichern den Frieden in Deutschland und in Europa und bahnen den Weg für die Wiedervereinigung zu einem friedlichen Deutschland.
3. Die Normalisierung der Beziehungen der Staaten Europas, Asiens, Afrikas, Amerikas zu beiden deutschen Staaten fördert die Sicherheit in Europa und die Verständigung der Deutschen.

Im Hinblick darauf, daß die westdeutsche Staatsführung die Realitäten, die der vom deutschen Imperialismus selbst ausgelöste zweite Weltkrieg gebracht hat bzw. die eine Folge der westdeutschen imperialistischen Spaltungspolitik sind, nicht anerkennen will, ist diese von Walter Ulbricht anläßlich der Unterzeichnung des Freundschaftsvertrages zwischen der DDR und der Sowjetunion am 12. Juni 1964 verkündete Deutsche Friedensdoktrin von großer nationaler Bedeutung. Die Deutsche Friedensdoktrin ist eine entscheidende Voraussetzung für die Wiedervereinigung Deutschlands auf friedliebender, demokratischer Grundlage; ihre Verwirklichung ist unumgänglich für die friedliche Lösung der nationalen Frage in Deutschland.

Im Sinne der Deutschen Friedensdoktrin zu handeln schafft Klarheit in den Grenzfragen und schließt Grenzverletzungen aus, die in den letzten Jahrzehnten unmittelbarer Anlaß zu Kriegen waren und die heute die Gefahr des atomaren Weltkrieges und der vollständigen Vernichtung unserer Nation in

sich bergen. Diese Gefahr ist für uns Deutsche besonders groß deshalb, weil auf deutschem Boden die größten Militärgruppierungen der Welt, die aggressive NATO und das Warschauer Verteidigungsbündnis, unmittelbar einander gegenüberstehen und weil darüber hinaus die Regierung der Bundesregierung am 20. August 1962 erklärte ließ, daß die gewaltsame Verletzung der Grenzen der DDR nicht mit einer „Grenzverletzung im Sinne des Völkerrechts“ gleichzusetzen sei.

Angesichts dieser akuten Gefahren für den Frieden und die Sicherheit der Menschen können alle friedliebenden Menschen, können wir christlichen Demokraten der Forderung der Deutschen Friedensdoktrin nach Respektierung der Grenzen nur zustimmen. Verzicht auf Atomrüstung und Revanchepolitik, auf Hallstein-Doktrin und Notstandsgesetzgebung, Anerkennung der Gleichberechtigung beider deutscher Staaten und Respektierung ihres Selbstbestimmungsrechts – das ist der einzige Weg, der in Westdeutschland die politische Atmosphäre entgiftet und der zur Verständigung der beiden deutschen Staaten und zur Versachlichung ihrer Beziehungen als Voraussetzung für die friedliche Wiedervereinigung führt.

Es ist eine unbestreitbare Tatsache, daß sich in Deutschland Verhältnisse herausgebildet haben, die durch die Existenz zweier souveräner deutscher Staaten mit eigenem Staats- und Gesellschaftsgefüge gekennzeichnet sind und die nur eine schrittweise Lösung der Frage der friedlichen Wiedervereinigung möglich machen. Daß diese Schritte auf höchster staatlicher Ebene aber noch nicht eingeleitet wurden, ist allein der sturen Bonner Politik der Nichtanerkennung der DDR und den sich daraus ergebenden politischen Konsequenzen, wie Nichtanerkennung der Grenzen, Diskreditierung unserer Bürger usw., zuzuschreiben. Die mit der offiziellen Bonner Aggressionspolitik und Kriegsvorbereitung einhergehende Negation der Existenz der DDR ist und bleibt das Haupthindernis für die Annäherung der beiden deutschen Staaten.

Die Gleichberechtigung der Staaten zu achten und das Selbstbestimmungsrecht der Völker zu respektieren liegt im Interesse der Erhaltung des Weltfriedens. Die Deutsche Friedensdoktrin wendet diese Völkerrechtsgrundsätze auf die konkrete gegenwärtige Situation in Deutschland an. Die Sache des Weltfriedens erfordert die Achtung der souveränen Gleichheit der beiden deutschen Staaten und die Entwicklung einer sachlichen, konstruktiven Zusammenarbeit zwischen ihnen. Das ist gleichzeitig auch die Voraussetzung für Ruhe und Sicherheit im Herzen Europas.

Die Deutsche Friedensdoktrin ist die völkerrechtsgemäße Antwort auf die völkerrechtswidrige Hallstein-Doktrin, auf den durch nichts gerechtfertigten Ausschließlichkeitsanspruch des westdeutschen Staates, auf seine Anmaßung, die ganze deutsche Nation und die Gebiete des ehemaligen Deutschen Reiches zumindest in den Grenzen von 1937 zu vertreten. Im Gegensatz zu der dem Völkerrecht widersprechenden Hallstein-

Doktrin beruht die Deutsche Friedensdoktrin auf den Grundsätzen des Völkerrechts und der Menschlichkeit, die nun einmal nicht von den Wünschen und Vorstellungen der westdeutschen Revanchisten geprägt und von ihnen dauernd verletzt werden.

Die Deutsche Friedensdoktrin enthält entgegen der Hallstein-Doktrin nicht eine einzige Forderung, die die Souveränität anderer Staaten beeinträchtigen könnte. Sie ist auf den Frieden und auf normale internationale Verhältnisse orientiert. Alles, was die ausländischen Staaten unternehmen, um die internationalen Beziehungen zur DDR weiter zu normalisieren, verdeutlicht der westdeutschen Regierung, wie notwendig es ist, in der deutschen Frage endlich real zu denken, und fördert so den Prozeß der Normalisierung in den Beziehungen zwischen beiden deutschen Staaten auf der Grundlage der Prinzipien der friedlichen Koexistenz.

Die Deutsche Friedensdoktrin ruft zu einer realen, die Zukunft der deutschen Nation berücksichtigenden Politik der Vernunft und der Verständigung auf. August Bach würdigte in seinem Referat auf dem 11. Parteitag die Tatsache, daß die von Walter Ulbricht verkündete Deutsche Friedensdoktrin von den Realitäten, die sich nach dem zweiten Weltkrieg in Deutschland und in der Welt herausgebildet haben, ausgeht und der international vorherrschenden Tendenz zu einer Stabilisierung der politischen Lage entspricht:

„Sie besagt, daß die internationale Sicherheit und die friedliche Vereinigung der deutschen Nation nur durch die Anerkennung der tatsächlichen Situation in Deutschland, durch die Herstellung normaler Beziehungen zwischen beiden deutschen Staaten und zu den beiden deutschen Staaten gewährleistet werden können. Sie schafft Klarheit darüber, daß, wer wirklich am Frieden interessiert ist, bereit sein muß, die Existenz, die Grenzen und die Gleichberechtigung der beiden deutschen Staaten anzuerkennen. Die Verwirklichung der Deutschen Friedensdoktrin wird den elementaren Grundsätzen des Völkerrechts, der nationalen Selbstbestimmung und der Menschlichkeit in Deutschland zum Durchbruch verhelfen; sie wird die Sache der friedlichen Koexistenz entscheidend fördern und die Bahn für die Schaffung eines einheitlichen, friedliebenden Deutschlands frei machen. Der Freundschaftsvertrag mit der UdSSR und die Deutsche Friedensdoktrin schaffen völlige Klarheit darüber, daß die deutsche Frage nicht ohne oder gar gegen die Deutsche Demokratische Republik und auch nicht durch andere Staaten gelöst werden kann.“

Wir christlichen Demokraten werten den Abschluß des Freundschafts- und Beistandspaktes zwischen der UdSSR und der DDR als einen Höhepunkt der Politik der deutsch-sowjetischen Freundschaft und als Ausdruck der Kontinuität der Friedenspolitik unseres Staates, die das enge Bündnis mit der UdSSR, der großen Friedensmacht, einschließt. Der Freundschaftsvertrag bietet die Garantie, daß sich das Kräfteverhält-

nis in Deutschland weiter zugunsten der DDR verändert und damit auch die Voraussetzungen heranreifen, daß die Friedensdoktrin in ganz Deutschland zum Grundsatz nationaler Politik wird.

Den wirklichen nationalen Interessen dient nur die deutsche Politik, die auch zur internationalen Entspannung beiträgt. Solange die internationale Spannung besteht, ist die Gefahr vorhanden, daß Deutschland in ihren Sog hineingerät. Sie behindert die Verständigung der beiden deutschen Staaten untereinander. Unser Staatsratsvorsitzender wandte sich daher in seiner Erklärung vor der Volkskammer am 1. September 1964 anläßlich der Jahrestage der beiden vergangenen Weltkriege an die westdeutsche Regierung, gleich der DDR auf der Grundlage des gegenseitigen Beispiels auch zur Gewährleistung der europäischen Sicherheit wirksam beizutragen. Das könnte geschehen, indem

- beide deutsche Staaten sich entsprechend den Vorschlägen der Sowjetunion bereit erklären, auf Gewaltanwendung bei der Regelung strittiger Fragen zu verzichten,
- für den Abschluß eines Nichtangriffspaktes zwischen den Staaten der NATO und des Warschauer Vertrages eintreten,
- den Vorschlag der Volksrepublik Polen über das Einfrieren der nuklearen Rüstungen in Mitteleuropa als ersten Schritt zur Schaffung einer kernwaffenfreien Zone unterstützen,
- sich mit der Einrichtung von Bodenkontrollstationen unter der Voraussetzung einverstanden erklären, daß diese Maßnahme mit einer Reduzierung der ausländischen Truppen auf deutschem Territorium einhergeht,
- sich bereit erklären, einer kernwaffenfreien Zone in Mitteleuropa beizutreten,
- sich für die Schaffung einer Zone des nuklearen Disengagements zwischen den beiden Militärgruppierungen von Nord- bis Südeuropa einsetzen und eine Vereinbarung über die Nichtweiterverbreitung von Kernwaffen unterstützen,
- sich bereit erklären, zur Einhaltung der Abrüstungsverpflichtung eine internationale Kontrolle auf ihrem Territorium zuzulassen, die sich paritätisch aus Vertretern der NATO und des Warschauer Vertrages zusammensetzt.⁵⁾

Wir christlichen Demokraten unterstützen die Vorschläge Walter Ulbrichts zur Minderung der Spannungen und zur Abrüstung, die er am 1. September 1964 der Volkskammer unterbreitete.

„Sie entsprechen unserem Willen, den Atomkrieg zu verhindern, ehe die Atom- und Wasserstoffbomben zu fallen beginnen, und unserer Entschlossenheit, alles zu tun, damit im Herzen Europas der Friede gesichert, die Atomkriegsgefahr abgewendet und dem dritten Weltkrieg der Weg versperrt wird“, sagte August Bach auf dem 11. Parteitag.

5) vgl. „Neue Zeit“ vom 2. 9. 1964.

Der von der DDR gewiesene friedliche Weg zu einem wiedervereinigten Deutschland stimmt überein mit ihrem Ziel, die günstigsten Voraussetzungen für die echte Lösung der nationalen Frage zu schaffen. Mitunter wird vor allem in Westdeutschland die Meinung vertreten, daß die nationale Frage allein auf das Problem der Wiedervereinigung Deutschlands zu reduzieren sei, daß es nur darauf ankomme, die Einheit Deutschlands schlechthin herbeizuführen, um die nationale Frage gelöst zu haben. Wir christlichen Demokraten sind uns – wie alle demokratischen Kräfte in unserer Republik – in unserem Streben nach der Wiedervereinigung Deutschlands einig mit den westdeutschen Friedenskräften. Aber wir in unserer Republik wissen auch, daß das nationale Problem im Grunde nicht darin besteht, ob Deutschland wiedervereinigt werden soll oder nicht. Es geht vielmehr darum, unter welchen Umständen Deutschland wiedervereinigt wird und wie das wiedervereinigte Deutschland aussieht, welchen Charakter es hat.

Stellvertretend für alle aufrechten, demokratisch und friedlich gesinnten Deutschen hat Walter Ulbricht in seiner Festrede anläßlich des 15. Jahrestages der Gründung der Deutschen Demokratischen Republik unmißverständlich dargelegt, daß die Wiedervereinigung auf keinen Fall im Zeichen der Herrschaft des Monopolkapitals, der Revanchepolitik und des Militarismus möglich ist. Alle Bestrebungen, ein einheitliches Deutschland mit imperialistischem Charakter zu schaffen, können nur zu einem Bruderkrieg führen, der wahrscheinlich zu einem atomaren Weltkrieg würde. Im Schatten von Todeszonen und Atombomben kann es keine Wiedervereinigung geben. Unter diesen Umständen würde Deutschland niemals wiedervereinigt, sondern physisch vernichtet.

Aussichtslos sind auch die Versuche der westdeutschen Imperialisten, etwa durch militärische oder ökonomische Erpressungsmanöver die Sowjetunion oder andere sozialistische Staaten zur „Opferung“ der DDR zu bewegen. Walter Ulbricht erklärte hierzu, daß die DDR souverän ist, sich selbst gehört und daß sie auch niemals bereit ist, sich an die imperialistischen Mächte zu verkaufen. Die Wiederherstellung der Einheit Deutschlands kann im Interesse der Nation niemals „um jeden Preis“ vollzogen werden.

Walter Ulbricht begründete in seiner Festansprache, warum die DDR für die Wiedervereinigung ist: Die Erhöhung des Lebensstandards der Bevölkerung oder der weitere wirtschaftliche, soziale und kulturelle Aufstieg der Deutschen Demokratischen Republik ist nicht abhängig von einem wiedervereinigten Deutschland. Auch Westdeutschland braucht nicht die Wiedervereinigung, um seine wirtschaftlichen und sozialen Fragen lösen zu können.

„Die Vereinigung der deutschen Staaten muß der größtmöglichen Sicherung des Friedens dienen, niemals aber dem Revanchismus und dem Krieg. Die Vereinigung der deutschen

Staaten kann und muß dem Wohlstand der Bürger beider deutscher Staaten dienen. Sie darf nicht dazu mißbraucht werden, ihren Wohlstand zu mindern. Die Wiedervereinigung Deutschlands verlangt daher keine Opfer von der Bevölkerung. Die Wiedervereinigung muß in jeder Beziehung mit den nationalen Interessen übereinstimmen.“⁶⁾

Die nationalen Interessen aber bestehen darin, den Frieden zu erhalten, den Werktätigen Recht und Freiheit zu gewähren und ihnen soziale Sicherheit zu bieten, wirtschaftliche und soziale Krisen zu verhindern und die Demokratie und Kultur zu entwickeln. Walter Ulbricht sagte:

„Wenn also die Vereinigung der deutschen Staaten dem nationalen Interesse der Deutschen dienen soll, dann müssen solche Bedingungen erfüllt werden, die die nationale Wiedervereinigung für 95 Prozent aller Deutschen erstrebenswert machen.“⁷⁾

Das Deutschland der Zukunft muß garantieren, daß von ihm niemals mehr ein Krieg ausgeht, daß es die Grenzen anderer Länder nicht verletzt und daß es alles unternimmt, die allgemeine und vollständige Abrüstung zu unterstützen. Es muß ein Deutsches sein, das die Werktätigen nicht um die Früchte ihrer Arbeit bringt, das durch die allseitige Entwicklung der menschlichen Persönlichkeit und durch die Nutzung der Talente des Volkes noch schneller als bisher Wohlstand für alle Deutschen schafft.

Die gegenwärtige nationale Aufgabe besteht für die Bevölkerung der DDR darin, vor allem die wirtschaftliche Entwicklung voranzutreiben, den umfassenden Aufbau des Sozialismus in unserer Republik zu vollenden, um unseren Staat noch anziehender und beispielhafter für die Werktätigen Westdeutschlands zu machen und so dazu beizutragen, daß diese die Kraft finden, in ihrem Saate friedliche und demokratische Zustände zu schaffen, die die Verständigung zwischen beiden deutschen Staaten ermöglichen.

Der Ernst der Situation in Westdeutschland erfordert gegenwärtig eine kraftvolle Opposition, die den tiefsten antinationalen Bestrebungen der herrschenden Kräfte eine wahrhaft nationale, weil friedliche Politik entgegengesetzt. Eine solche Politik muß alle atomaren Waffen zumindest aus Deutschland verbannen, sie muß sich von den verlogenen Wiedervereinigungssphrasen abwenden und sich einer tatsächlichen Wiedervereinigungspolitik zuwenden, die als ersten Schritt die Normalisierung der Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten einschließt.

⁶⁾ vgl.: „Neues Deutschland“ vom 7. 10. 1964.

⁷⁾ vgl. ebenda.

2. Die Bundesrepublik —

Fortsetzung des „Irrwegs unserer Nation“

Die Macht im westdeutschen Staat übt noch immer jene einflußreiche Gruppe der Ultras aus, die ihre Politik nicht mit dem veränderten Kräfteverhältnis in Übereinstimmung bringen will und statt dessen die alten, sterilen Thesen von der „Befreiung der Zone“, der „Politik der Stärke“, der „Nichtexistenz der DDR“, der „weltpolitisch gefährlichen Phase der Entspannung“ herunterleiert. Es sind diejenigen rechtsradikalen Kräfte, die die alten Machtpositionen des deutschen Imperialismus wiedergewinnen wollen und dabei auch einen atomaren Krieg in ihre Pläne einkalkulieren, die eine Verständigung und Verhandlungen mit der DDR zur friedlichen Lösung des Deutschlandproblems ablehnen und die mit militärischer Gewalt den Weg annexionistischer „Wiedervereinigungs“-Politik gehen wollen.

Wie auch in der Entschließung unseres 11. Parteitagestages festgestellt wird, ist die westdeutsche CDU/CSU die Wortführerin dieser den Interessen unseres Volkes entgegengesetzten Politik.

„Die Führung dieser Partei trägt die Hauptschuld an der Spaltung Deutschlands; sie ist die aggressivste Sprecherin der Revancheforderungen der Bonner Ultras und ihres Verlangens nach Kernwaffen; sie ist die Haupteinpeitscherin des verbrecherischen Antikommunismus, der zur wahnwitzigen Staatsdoktrin der Bundesrepublik wurde. Unter der Ägide dieser Partei entwickelte sich der westdeutsche Staat zum potentiellen Aggressor, zum Hauptstörfried in den internationalen Beziehungen, zum gefährlichsten Instrument der Feinde unseres Volkes und des Friedens“.

so heißt es in der Entschließung des 11. Parteitagestages.

Charakteristisch für die Wiedervereinigungspolitik des deutschen Imperialismus und seiner rechtsradikalen Wortführer in der CDU/CSU ist die Hallstein-Doktrin. Der westdeutsche Jurist Rudolf Schuster charakterisierte die Hallstein-Doktrin folgendermaßen:

„... die ‚Hallstein-Doktrin‘ ist nur verständlich, wenn man die rechtliche Lage Deutschlands auf der Basis der drei folgenden Rechtsbehauptungen definiert:

1. Die Rechtsbehauptung, der überkommene deutsche Staat habe nicht aufgehört, zu bestehen, d. h., das Bekenntnis zur Kontinuität.

2. Die Rechtsbehauptung, die Einheit des Staatsgebietes sei auf der Grundlage des Besitzstandes vom 31. 12. 1937 gewahrt worden, d. h., das Bekenntnis zur territorialen Integrität.
3. Die Rechtsbehauptung, auf dem Gebiet des überkommenen deutschen Staates gäbe es keine zwei rechtlich gleichgestellten Machtgebilde, d. h., die Leugnung jedweder rechtlich relevanten dualistischen Gestaltung...⁸⁾

Die Rechtsbehauptung der territorialen Integrität versucht man damit zu begründen, daß die gegenwärtigen politischen Verhältnisse auf dem Gebiet des früheren Deutschen Reiches dessen territoriale Einheit im völkerrechtlichen Sinne nicht beeinträchtigt hätten. Sie seien nur sinnvoll im Rahmen des Bekenntnisses zur Kontinuität des überkommenen deutschen Staates; denn wenn man dessen Untergang annehmen wollte, könnte man sich kaum auf seinen territorialen Besitzstand berufen, dessen Grenzen nach dem Stand vom 31. Dezember 1937 definiert werden. Bonn negiert also die Ergebnisse des zweiten Weltkrieges und damit die Schuld der deutschen Imperialisten an seiner Entfesselung.

Die Rechtsbehauptung der Nichtexistenz zweier rechtlich gleichgestellter Machtgebilde ergibt sich aus der These, daß die Staatsführung der DDR keine autochthone Herrschaft ausübe, sondern es sich vielmehr um eine „getarnte Fremdherrschaft“, um „sowjetische Statthaltereie“ mit „an die Weisungen sowjetischer Partei- und Staatsorgane gebundenem und deshalb nur scheinbar autochthonem Personal“ handle, die DDR also keine eigene Staatsgewalt habe und deshalb im völkerrechtlichen Sinne überhaupt nicht anerkennungsfähig sei.

Der Versuch, das Bestehen einer autochthonen Staatsgewalt in der DDR in Abrede zu stellen und das Vorhandensein einer „getarnten Fremdherrschaft“ zu begründen, ist außerordentlich gefährlich. Die daraus gezogene Schlußfolgerung, daß die DDR kein „Staat im Sinne des Völkerrechts“ sei, liegt auf der gleichen Ebene wie die berüchtigte Erklärung des westdeutschen Völkerrechtlers und Revanchisten von der Heydte, daß die Grenzen zur DDR keine völkerrechtsgemäßen Grenzen darstellen. Die Geschichte zeigt nur zu deutlich, daß beiden vom deutschen Imperialismus ausgelösten Weltkriegern ähnliche Erklärungen der Nichtanerkennung von Grenzen anderer Staaten und deren staatlicher Ordnung vorausgingen.

Die Bundesrepublik hat nach der der Hallstein-Doktrin zugrunde liegenden Behauptung der Nichtexistenz zweier gleichberechtigter deutscher Staaten allein das Recht, Deutschland zu vertreten, im Namen Deutschlands sprechen und Verträge abschließen zu können. In der Hallstein-Doktrin drückt sich also deutlich die Ausschließlichkeitsanmaßung des westdeutschen Staates aus. Daraus ergibt sich folgerichtig, wie auch

8) „Europa-Archiv“, 18 / 1963.

Rudolf Schuster kundtut, „daß jede Anerkennung der ‚DDR‘ von der Bundesrepublik als ‚unfreundlicher Akt‘ zu betrachten sei“. Und er fährt fort:

„... eine Anerkennung der ‚DDR‘ (ist) als völkerrechtswidrige Intervention zu qualifizieren. Diese Intervention zielt darauf ab, einen erheblichen Teil des deutschen Staatsvolkes und Staatsgebietes der deutschen Hoheitsgewalt endgültig zu entziehen.“⁹⁾

Dieser Theorie entspricht auch voll und ganz die Behauptung der westdeutschen Staatsführung, daß eine förmliche Anerkennung der „Zwei-Staaten-These“ in jedem Falle dem Wiedervereinigungsgebot entgegenstünde, weil sie die Wiedervereinigung hindern würde. — Natürlich, eine Wiedervereinigung im imperialistischen Sinne ist ausgeschlossen, nicht aber die Wiedervereinigung, die sich Millionen friedliebender Deutscher in beiden Staaten ersehnen und für die sie in ihrem politischen Kampf eintreten!

Die Bonner Ausschließlichkeitsanmaßung bedeutet eine Einmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Staaten und stellt eine deren Souveränität mißachtende außenpolitische Bevormundung dar, weil nur der vom westdeutschen Staat als „Freund“ anerkannt wird, der diese revanchistische Politik gutheißt, und derjenige von ihm diskriminiert wird, der Interesse daran hat, auch mit der DDR Kontakte zu pflegen. Barzel drückte das in der Etatdebatte des Bonner Bundestages am 15. bis 16. Oktober 1964 so aus:

„... wer unser Freund ist, kann nicht zugleich der Pankows sein.“¹⁰⁾

Mit dieser frechen Ausschließlichkeitsanmaßung versucht Bonn anderen Staaten vorzuschreiben, was sie zu tun und zu lassen haben, und sie zur Verletzung ihrer eigenen Interessen zu veranlassen. Allen theoretischen Begründungen zum Trotz hat sich die Hallstein-Doktrin jedoch als Anachronismus erwiesen. Die DDR, die in Verwirklichung der antifaschistisch-demokratischen Vereinbarungen der Mächte der Anti-Hitler-Koalition von den friedliebenden demokratischen Kräften des deutschen Volkes geschaffen wurde, hat sich durch eine konsequente Politik des Friedens und der Verständigung als der rechtmäßige deutsche Staat erwiesen, als Staat, der den historischen Auftrag der Völker, seinen Charakter zu wandeln, ernst genommen hat. Seine internationale Anerkennung wächst ständig.

*

9) ebenda.
10) vgl.: „Dokumentation der Zeit“, XVI. Jahrgang, 1964, Heft 322 (2. Novemberheft).

Die Ausschließlichkeitsanmaßung, wie sie in der Hallstein-Doktrin zum Ausdruck kommt, und die Sache der Entspannung in Deutschland und der Welt sind miteinander unvereinbar. Der Anspruch auf das Alleinvertretungsrecht der Bundesrepublik für Deutschland, das ist letzten Endes die Umschreibung für den westdeutschen Revanchismus. Der Bundesminister K r o n e faßte während der Bundestagsdebatte am 5. November 1963 die durch den Ausschließlichkeitsanspruch gekennzeichnete Maxime der führenden Bonner Politiker in der Deutschlandfrage in folgende Worte:

„Wenn wir von der Wiedervereinigung sprechen, meinen wir doch alle nichts anderes als die Liquidation des derzeitigen Machtregimes in der Besatzungszone drüben hinter dem Eisernen Vorhang.“

Dieses Vorhaben bestimmt auch die Tätigkeit des sogenannten „Forschungsbeirates beim Minister für Gesamtdeutsche Fragen“, der über die „Wiederherstellung eines marktwirtschaftlichen Preissystems in Mitteldeutschland nach der Wiedervereinigung“ und über eine „Übergangsregelung für die volkseigenen Güter und sonstige volkseigene Landwirtschaftsbetriebe bis zur endgültigen Regelung der Eigentumsverhältnisse“ beriet.¹¹⁾

Die Ausschließlichkeitsanmaßung stellt nicht nur eine Bedrohung der DDR dar, sondern bedeutet auch eine ernste Gefahr für die Sowjetunion und die Volksrepublik Polen, die nach den „Rechtsgrundsätzen“ der Hallstein-Doktrin angeblich Teile des „weiterbestehenden deutschen Gesamtstaates“ anektiert haben. So proklamierte der „Göttinger Arbeitskreis ostdeutscher Wissenschaftler“, das ideologische Führungszentrum für die im „Bund der Vertriebenen, vereinigten Landsmannschaften und Landesverbände“ zusammengeschlossenen 29 Landsmannschaften und etwa 50 „Vertriebenen“-Organisationen, ein revanchistisches Programm, das von der Bundesregierung befürwortet wurde. In diesem Programm sind u. a. folgende Thesen formuliert:

These 2

„Der vom Grundgesetz verwendete territoriale Begriff ‚Deutschland‘ umfaßt das nach Staats- und Völkerrecht bestehende Staatsgebiet. Das ist Deutschland in seinen Grenzen vom 31. Dezember 1937.“

These 3

„Die Niederlage des Deutschen Reiches und die militärische Kapitulation sind kein Rechtsgrund für Territorialveränderungen.“

These 6

„Die von der Sowjetunion und der Volksrepublik Polen erstrebten Territorialveränderungen können weder von der

11) vgl.: „Neue Zeit“ vom 18. 12. 1964, Leitartikel.

Bundesrepublik Deutschland noch von einem wiedervereinigten deutschen Staate anerkannt werden...“

These 11

„Ein ethischer Grund zum Verzicht auf die Einheit eines Staates und auf Teile seines Territoriums kann jedenfalls nicht aus der Tatsache abgeleitet werden, daß entsetzliche Verbrechen in deutschem Namen begangen wurden.“¹²⁾

Aber auch gegen die Tschechoslowakei richtet sich die Bonner Ausschließlichkeitsanmaßung. Nicht anders ist es zu werten, wenn Strauß erklärte, im Namen „Deutschlands“ zu sprechen, als er in der Etatdebatte des Bonner Bundestages im Oktober 1964 in Übereinstimmung mit der Meinung Seebohms und Wehners erklärte:

„Die sudetendeutsche Frage ist durch die Vertreibung der Sudetendeutschen nicht erledigt. Die Vertreibung war widerrechtlich... Wieergutmachung der Vertreibung heißt: Rückkehr der Vertriebenen, d. h. Verwirklichung ihres Rechts auf Heimat. Das Recht auf die Heimat kann erst als verwirklicht gelten, wenn die politischen und menschlichen Freiheitsrechte in der Heimat verwirklicht und gewährleistet sind.

Neben dem Recht auf die Heimat wird der Grundsatz des Selbstbestimmungsrechts der Völker verfochten. Das Selbstbestimmungsrecht ist eine umfassende Idee. Sie läßt im gegebenen Falle verschiedene staats- und völkerrechtliche Lösungen zu. Die Feststellung, wonach Deutschland in den Grenzen von 1937 rechtlich fortbesteht, schließt das Heimat- und Selbstbestimmungsrecht der Sudetendeutschen nicht aus.“¹³⁾

Damit ist mehr als deutlich ausgedrückt, daß das im imperialistischen Sinne „wiedervereinigte“ Deutschland nicht nur ein Deutschland in den Grenzen von 1937 sein soll, sondern die westdeutschen Imperialisten auch Anspruch auf Territorium der ČSSR erheben. Der SPD-Abgeordnete und Vorsitzende des sogenannten Bundes der Vertriebenen, Wenzel J a k s c h, erklärte in der gleichen Debatte:

„Meine Damen und Herren, ... ich bitte um Ihr Verständnis, wenn ich sage, daß wir unsere Pflicht vernachlässigen würden, wenn wir als Angehörige der sudetendeutschen Volksgruppe hinnähen, daß die Vertreibung der Sudetendeutschen ein geringeres Unrecht war als die Vertreibung der Schlesier oder Pommern oder Ostpreußen.“¹⁴⁾

Und der CDU-Abgeordnete M a j o n i c a eiferte:

„... gerade dadurch, daß ich auch als Nichtheimatvertriebener zu diesem Problem spreche, wollen wir demonstrieren, daß die Vertreibung der Sudetendeutschen wie auch die Vertreibung aus den Gebieten jenseits der Oder-Neiße-Linie nicht

12) vgl.: „Dokumentation der Zeit“, XVI. Jahrgang, 1964, Heft 301 (1. Januarheft).

13) vgl.: „Dokumentation der Zeit“, XVI. Jahrgang, 1964, Heft 322 (2. Novemberheft).

14) vgl.: „Dokumentation der Zeit“, XVI. Jahrgang, 1964, Heft 301 (1. Januarheft).

eine Angelegenheit der Vertriebenen allein, sondern eine Angelegenheit des ganzen deutschen Volkes ist...¹⁵⁾

Auch der Bonner Innenminister Höcherl ist Propagandist des revanchistischen Ausschließlichkeitsanspruchs. Er sprach auf einem Treffen der „Sudetendeutschen Landsmannschaft“ zu Pfingsten 1964:

„Lassen Sie mich noch einmal an ein Wort des Herrn Bundeskanzlers anschließen. Am 22. März hat er gesagt: ‚Die Bundesregierung ist die Treuhänderin der Rechte aller Bundesbürger, ja, für alle Deutschen, mögen sie hier oder jenseits des Eisernen Vorhanges leben.‘

Die Bundesregierung steht zu ihrer Verpflichtung gegenüber den Heimatvertriebenen. Ihre Politik kann gar nicht zweifelhaft sein, denn sie ist durch internationale Abkommen und durch die Wahrung des Rechts vorgegeben. Sie lag unter dem Bundeskanzler Adenauer ebenso fest wie unter dem Bundeskanzler Erhard, der ihr in seiner Regierungserklärung vom 18. Oktober 1963 Ausdruck verliehen hat...

Wenn man von uns verlangt, auf die angestammte Heimat so vieler deutscher Landsleute zu verzichten, dann fordert man uns auf, die in internationalen Abmachungen und im Völkerrecht gesicherte Grundlage des Rechts zu verlassen...¹⁶⁾

Ja, dem Präsidenten des sogenannten „Bundes der Vertriebenen“, Wenzel Jaksch, wurde sogar gestattet, ohne daß die führenden westdeutschen Politiker Einspruch erhoben, im Hessischen Rundfunk die Bonner Gebietsforderungen „im Namen Deutschlands“ unumwunden mit der faschistischen „Volk-ohne-Raum“-Theorie zu begründen:

„Eins ist klar, man braucht doch nur von den Grenzbergen Bayerns mal hinüberzuschauen. Drüben sind leere Räume, sind leere Dörfer, verwahrloste Felder, und es ist einfach für die Dauer nicht denkbar, daß hier in Westdeutschland 220 Menschen auf einem Quadratkilometer leben, während im Egerland 50 Menschen auf dem Quadratkilometer leben. Es ist also ein Zustand zurückgeblieben, der weit von einer endgültigen Lösung entfernt ist, und die Lösung muß natürlich im Sinne einer europäischen Neuordnung erfolgen.“¹⁷⁾

Aber in der Etatdebatte des Bundestages im Oktober 1964 sprach Erhard heuchlerisch:

„Es ist schon eine eigentümliche Verdrehung und mißbräuchliche Darstellung, uns als Revanchisten zu bezichtigen, wenn wir darauf verweisen, daß Deutschland nach dem erklärten Willen der Siegermächte, einschließlich der Sowjetunion, bis zu einem Friedensvertrag mit einem wiedervereinigten Deutschland in den Grenzen vom 31. 12. 1937 fortbestehen soll. Wir erheben keinen Anspruch auf anderes Territorium und

sind willens, auch die Grenzfragen im Osten ausschließlich auf dem Wege friedlicher Verhandlungen zu klären...“¹⁸⁾

Glaut Erhard ernsthaft, heute, nachdem die deutschen Imperialisten im Bunde mit den anderen westlichen Imperialisten jahrelang einen Friedensvertrag mit Deutschland verhindert haben, mit solchen Reden die Bereitschaft Polens und der UdSSR erwirken zu können, die territorialen Ansprüche der deutschen Imperialisten zu befriedigen? Er sollte wissen, daß heute, 20 Jahre nach Beendigung des Krieges und nachdem sich die staatliche und gesellschaftliche Ordnung in diesen sozialistischen Ländern gefestigt hat, jede andere Lösung der Grenzfragen als die der Anerkennung der bestehenden Grenzen nur Konflikte schafft.

Der westdeutschen Staatsführung geht es aber gar nicht um eine Wiedervereinigung Deutschlands im Interesse des deutschen Volkes wie seiner Nachbarn; Wiedervereinigung im westdeutschen imperialistischen Sinne wäre nur der Anfang zur Durchführung eines ganzen Programms revanchistischer Pläne. Die Bevölkerung Westdeutschlands wird allerdings nicht um ihr Einverständnis mit einer solchen Politik gefragt, geschweige denn die Bürger der Deutschen Demokratischen Republik, Westberlins, von denen der UdSSR und der Volksrepublik Polen gar nicht zu reden. Die Ausschließlichkeitsmaßnahme richtet sich gegen das Selbstbestimmungsrecht und die Lebensinteressen aller Menschen in diesen Staaten, die keine neuen kriegerischen Konflikte wünschen.

Wer auf das Recht der Alleinvertretung für Deutschland in den Grenzen von 1937 pocht, um seine Ansprüche auf Verwirklichung imperialistischer Ziele aufrechtzuerhalten, der muß zwangsläufig auch alle Vorschläge zur internationalen Entspannung und zur Entspannung zwischen den beiden deutschen Staaten, die die Normalisierung der Beziehungen zwischen ihnen auf der Basis der Gleichberechtigung und der Achtung der Souveränität zum Inhalt haben, ablehnen, der muß sich weigern, die DDR-Vorschläge über einen Verzicht beider deutscher Staaten auf Kernwaffen, über Rüstungsbeschränkungen in beiden deutschen Staaten oder über die Schaffung einer kernwaffenfreien Zone in Mitteleuropa anzuerkennen.

Die gefährlichen Konsequenzen, die sich aus den „Rechtsbehauptungen“ oder „Rechtsgrundsätzen“ der Hallstein-Doktrin ergeben, zeigt die Vielzahl von Rechtsbrüchen nach innen und außen. Im westdeutschen Zollgesetz und im Entwurf eines neuen westdeutschen Strafgesetzbuches wird der Geltungsbereich dieser Gesetze auf das gesamte Territorium des ehemaligen Deutschen Reiches von 1937, also nicht nur auf das heutige Territorium der DDR, sondern auch auf Teile Polens und der UdSSR, ausgedehnt. Praktisch wird das dort herrschende Recht nicht anerkannt. Damit werden die geplan-

15) vgl. ebenda.

16) vgl.: „Dokumentation der Zeit“, XVI. Jahrgang, 1964, Heft 312 (2. Juniheft).

17) zitiert nach: „Neues Deutschland“ vom 21. 10. 1964.

18) vgl.: „Dokumentation der Zeit“, XVI. Jahrgang, 1964, Heft 322 (2. Novemberheft).

ten Annexionen bereits jetzt formaljuristisch fixiert. Ja, auch in offiziellen kartographischen Darstellungen wird der heutige Gebietsstand der Bundesrepublik in den Grenzen des ehemaligen Deutschen Reiches von 1937 angegeben. Aber auch die Annaßung, ein Mitspracherecht für die DDR und Gebiete Polens in Kirchenangelegenheiten zu besitzen, entspricht der Forderung des westdeutschen Staates, Deutschland allein zu vertreten.

*

Die zur Staatsdoktrin erhobene Hallstein-Doktrin bestimmte auch die Aussagen des 12. Bundesparteitages der CDU in Hannover vom 14.–17. März 1964. Wie zum Hohn wurde er unter dem Motto „Die Zukunft gestalten“ durchgeführt. August Bach schätzte auf dem 11. Parteitag in Erfurt den Parteitag der westdeutschen CDU folgendermaßen ein:

„Während wir christlichen Demokraten in der DDR die Lebensinteressen der Nation in Übereinstimmung mit unserer christlichen Verantwortung gegenüber dem Nächsten vertreten, ließ der Parteitag der Adenauer-CDU 1964 in Hannover durch seine nationale Demagogie den Mißbrauch des Christentums deutlich werden.“

Der Parteitag der westdeutschen CDU offenbarte auch die besonders unheilvolle Rolle, die die Führung dieser Partei in der Verschwörung gegen die Zukunft unserer Nation spielt. Es trifft für diese Führung die Charakteristik zu, die Gerald Götting in seinem Schlußwort auf unserem 11. Parteitag gab:

„Die politische Hauptverantwortung für die bedrohliche Entwicklung in Westdeutschland trägt die Führung der CDU/CSU, einer Partei, deren Politik weder mit dem Christentum noch mit der Demokratie auch nur das Geringste zu tun hat. Die Führung der CDU/CSU belud sich mit der Schuld an der Spaltung unserer Nation... sie ist heute die gefährlichste Vertreterin des Revancheverlangens und der Atomrüstungs-politik der in Westdeutschland herrschenden Kreise.“

Es war eines der Hauptziele des westdeutschen CDU-Parteitages, in der Deutschlandfrage den Standpunkt der Ultras dem nationalen Streben der DDR entgegenzustellen, um auf diese Weise deren wachsende Resonanz in Westdeutschland und im Ausland entgegenzuwirken. Erhard verfocht gerade in der Deutschlandfrage die alten Thesen der Adenauer-Politik. Er betonte das Bekenntnis zur Hallstein-Doktrin und zum Alleinvertretungsanspruch Bonns:

„... die Bundesregierung vertritt Deutschland, und sie vertritt es allein. Wir sind die deutsche Regierung, die nach Recht und Gesetz und nach demokratischen Grundsätzen allein legitimiert ist, für das deutsche Volk zu sprechen und zu handeln ... es gibt keine zwei deutschen Staaten!“

Erhard lehnte auch jedes Bemühen ab, in Deutschland die Lage durch gemeinsame Übereinkünfte zu entspannen:

„... in Ländern, die den Kommunismus und die Diktatur nicht aus eigener Anschauung kennen, mag es Menschen geben, die, von einem Wunschdenken erfüllt, in dieser oder jener Frage nachgeben möchten und bereit wären, wenigstens einmal den bekannten kleinen Finger zu reichen. Dem stellen wir ein klares Nein gegenüber!“¹⁹⁾

Die groß angekündigte „Deutschland-Initiative“ Erhards sieht dementsprechend aus. Er sagte auf dem 12. Bundesparteitag:

„Diese Initiative stützt sich auf die Grundsätze, die unverändert die gemeinsame Politik der Bundesregierung und der drei Mächte in der Deutschlandfrage ausmachen:

1. Die vier Mächte haben sich zur Wiederherstellung der deutschen Einheit verpflichtet.
2. Die Wiedervereinigung und nicht eine Interimslösung bleibt die Hauptaufgabe der westlichen Deutschlandpolitik.
3. Fortschritte in der Frage der Wiedervereinigung sollen mit Fortschritten in der Frage der Abrüstung und der europäischen Sicherheit verbunden sein.
4. Suche nach Mitteln und Wegen, um die durch die deutsche Teilung verursachten humanitären Mißstände zu beseitigen...“²⁰⁾

So gibt also Erhard vor, das Deutschlandproblem lösen zu können. Diese Art „Initiative“ offenbart deutlich, daß er sich um jede eigene Verantwortung herumdrücken und damit alle wirklich deutschen Bestrebungen sabotieren will. Das zeigt auch der im Sinne der sogenannten „Deutschland-Initiative“ unterbreitete Vorschlag, „gesamtdeutsche technische Kommissionen“ zu bilden. Jeder, der vermutet, daß Bonn hier endlich auf den Vorschlag Walter Ulbrichts eingegangen sei, wird bitter enttäuscht. Der Vorschlag Erhards wurde nicht etwa unserer Regierung unterbreitet – das käme ja einer „Aufwertung“ unseres Staates gleich und widerspräche dem Prinzip der Nichtanerkennung der DDR! Vielmehr glaubt Erhard, einer Vier-Mächte-Konferenz diese Aufgabe, „gesamtdeutsche“ Kommissionen zu bilden, übertragen zu können.

Hier offenbart sich die Demagogie der westdeutschen Deutschland-Politik. Wie können Kommissionen aus Vertretern beider deutscher Staaten gebildet werden, wenn man nicht bereit ist, darüber mit dem anderen deutschen Staat zu verhandeln, den diese Angelegenheit ja auch betrifft? Daran zeigt sich, daß Bonn gar nicht ernsthaft daran interessiert ist, das für Deutschland geforderte Selbstbestimmungsrecht wahrzunehmen. Walter Ulbricht ging auf der 7. Tagung des Zentralkomitees der SED auf die nationale Demagogie der herrschenden Kreise Westdeutschlands ein und stellte die Frage:

„Herr Erhard, wollen Sie mit der von Ihnen angekündigten Initiative nur Wahlspeck auslegen, oder wollen Sie die Wahrheit sagen?“

19) vgl.: „Dokumentation der Zeit“, XVI. Jahrgang, 1964, Heft 308 (2. Aprilheft).

20) ebenda.

Walter Ulbricht ermahnte den Bonner Regierungschef:

„Wenn Sie den Wählern die Wahrheit sagen, dann müßten Sie ihnen erklären, daß die bisherige Politik von der Lösung der nationalen Frage weggeführt hat, daß in der Deutschen Demokratischen Republik nichts zu ändern ist und daß es nur den Weg der Herstellung normaler Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten gibt. Um die Wahrheit zu sagen, müßten Sie weiter erklären, daß weder die USA noch Frankreich, England oder Belgien bereit sind, für die Revancheforderungen der westdeutschen Regierung sich in einen Krieg hineinziehen zu lassen.“

Auch die praktisch in den Grundsätzen der Bonner „Deutschland-Initiative“ vertretene These vom „Alles oder Nichts“ schließt eindeutig die Suche nach Wegen zur Entspannung aus. Um die auf diese Art bekundete Verhandlungsfeindlichkeit nicht etwa von den NATO-Partnern stören zu lassen, will Bonn Abrüstung und Deutschlandfrage dergestalt koppeln: erst Preisgabe der DDR an die Bundesrepublik, an die westdeutschen Imperialisten — dann Schritte zur internationalen Entspannung. Mit dieser Taktik verhindert Bonn nach Sicht der Dinge die Lösung beider Probleme, sie soll lediglich der Bevölkerung Sand in die Augen streuen und bei ihr den Eindruck erwecken, als sei Bonn an einer wirklichen Lösung des deutschen Problems interessiert und darum bemüht. Wohin Erhard in Wirklichkeit zielt, das lassen folgende entspannungsfeindliche Äußerungen auf dem 12. Bundesparteitag der westdeutschen CDU erkennen:

„... Wir sind also der Auffassung, daß in dieser Frage weiter verhandelt werden soll (gemeint ist das Abkommen über die Passierscheine für Westberliner), aber wir sind nicht bereit, uns von dem Regime, das einen Todesstreifen mitten durch Deutschland gelegt hat, mit dem Leid unserer Landsleute auch noch erpressen zu lassen. Von einer echten Normalisierung kann erst dann gesprochen, wenn die volle Freizügigkeit in ganz Deutschland wiederhergestellt ist ...“²¹⁾

Das ist letztlich die alte revanchistische Lösung „Macht das Tor auf!“ bzw. „Die Mauer muß weg!“ Das ist kein Weg zur Lösung des Deutschlandproblems im Interesse der deutschen Nation. Die Forderung, „humanitäre Mißstände“ zu beseitigen, verschleierte das Bestreben Erhards, den kalten Krieg zu verschärfen.

Noch aggressivere Töne gegen eine vernünftige Deutschland-Politik waren auf dem 12. Bundesparteitag der West-CDU von Barzel zu vernehmen:

„... wir kämpfen auch gegen den Geist des Deutschlandplanes, der unter Sozialisten fortlebt, gegen den Versuch einer Politik, die ‚Wandel durch Annäherung‘ da will, wo es sich um Feuer und Wasser handelt; gegen eine ‚nationale Gangart‘ in der deutschen Frage, die unsere Verträge als juristische Zwirnsfäden begreift, Stärke sagt, aber Isolierung bewirkt

21) vgl. ebenda.

und im Gespräch des Herings und mit dem Hai eine nationale Tugend sieht ...“²²⁾

Gegen die Konzeption „Wandel durch Annäherung“, wie sie besonders von Brandt vertreten wird, wandte sich auch Amrehn:

„... wenn man im Oktober ein Gespräch zwischen Westberlin und Pankow noch ablehnt und als schiefe Ebene bezeichnet, wie es Herr Brandt getan hat, dann kann man im Dezember nicht auf einen solchen Weg drängen, meine Freunde, da wird eben eine Politik der schiefen Ebene getrieben, da fehlt es an Festigkeit und Stetigkeit. Das ist keine Strategie, das ist eine politische Flickschusterei.“²³⁾

Das ist die typische Meinung der in Westdeutschland die staatliche Macht ausübenden rechtsradikalen Kräfte, die andererseits das Wort „Wiedervereinigung“ so oft im Munde führen. Wir sind der Meinung: wem ernsthaft an einem friedliebenden und demokratischen Deutschland zum Wohle und zum Nutzen für die ganze Nation gelegen ist, an einem Deutschland, das sich nicht dem gesellschaftlichen Fortschritt verschließt, muß zunächst die gegebenen Tatsachen anerkennen: die Existenz zweier deutscher Staaten und der besonderen politischen Einheit Westberlin mit den entgegengesetzten gesellschaftlichen Systemen des Sozialismus und Kapitalismus.

Unter den gegenwärtigen Umständen kann nicht unmittelbar die Wiedervereinigung auf der Tagesordnung stehen. Die sozialökonomischen Bedingungen in beiden deutschen Staaten sind so grundsätzlich verschieden, daß sie sich in keiner Weise vermischen lassen. Eine mechanische Wiedervereinigung ohne Berücksichtigung dieser Tatsache ist unreal. Trotz der gegenwärtigen Situation aber könnte heute auch schon in Westdeutschland die Zukunft der deutschen Nation vorbereitet werden, wenn die vielen Vorschläge unserer Staatsführung im Hinblick auf die Wiedervereinigung auch in Westdeutschland Anerkennung und Unterstützung fänden.

*

Da die DDR nicht freiwillig ihre Selbstaufgabe vollzieht und sich des umfassenden Schutzes der anderen sozialistischen Staaten sicher sein kann, geben die Ultras sich der Illusion hin, durch verschiedene Mittel und Methoden Einfluß auf die UdSSR und die anderen sozialistischen Staaten nehmen zu können, um sie zu Konzessionen in der Deutschlandfrage zu veranlassen und die DDR „auszuhandeln“. Diese Mittel kennzeichnete Barzel. So sagte er in der Etatdebatte des Bonner Bundestages im Oktober 1964:

„... ich fürchte, daß wir trotz unserer Bereitschaft, den Frieden ... durch kontrollierte Abrüstung und durch Beseitigung der Spannungsursachen zu sichern, den Frieden in Freiheit

22) vgl. ebenda.

23) vgl. ebenda.

nur durch ausreichende Zurüstung, glaubhafte Abschreckung und eine Politik wirksamer Bündnisse werden sichern können...

Meine Damen und Herren, der Status quo steht gegen Deutschland wie gegen Europa ... wir müssen ihn auch dadurch überwinden, daß wir durch Einwirkung einen ‚Status quo plus‘ in den Realitäten erreichen ...“²⁴⁾

Durch Rüstung und durch „Einwirkung“ wollen die Ultras also ihre Interessen durchsetzen. Offen bekannte Barzel ebenfalls in der Etatdebatte vor dem Bundestag:

„... wir meinen, ... nicht abzuwarten, sondern einen Zeitpunkt herbeizuführen, zu dem die durch Einwirkungen veränderten Realitäten so stark gegen den Status quo stehen, daß dieser fällt. Es liegt an uns, die Realitäten, die die Kommunisten setzen, zu unseren Gunsten zu verändern. Unsere Festigkeit im Prinzipiellen, unser unbezweifelbares Festhalten an den rechtlichen Positionen erlaubt uns diese Beweglichkeit in den Methoden, und darum sagen wir auch dies: nicht ‚Wandel durch Annäherung‘, sondern ‚Änderung durch Einwirkung‘ ist die richtige Politik ...

Nichts zwingt uns, etwas aufzugeben zugunsten einer aktiveren Ostpolitik. Unsere Politik der Einigung Europas und der atlantischen Gemeinschaft – alles dies bedingt einander, ist eine Sache, nämlich europäisch und freiheitlich gedachte deutsche Politik ...“²⁵⁾

Gleichzeitig beeilte sich Barzel zu versichern:

„Die rechtlichen, die moralischen und die historischen Argumente der Nichtanerkennung der Zone wie der Nichtanerkennung der Oder-Neiße-Linie sind bekannt, sie gelten fort und sind durch den Deutschland-Vertrag verbindlich. Es gibt keinen Grund, diese Position zu ändern. Im Gegenteil! Wenn die Analyse der Verhältnisse in Ost- und Mitteleuropa stimmt, dann haben wir die Pflicht, die europäische Funktion unserer Politik der Nichtanerkennung zu begreifen und fest zu beziehen ...“²⁶⁾

Während die Ultras glauben, die UdSSR von der Position der „Stärke“ aus erpressen und auf diese Weise von ihr die Zustimmung zu ihrem imperialistischen Wiedervereinigungsplan, zur Annexion der DDR, erhalten zu können, versuchen sie, in anderen sozialistischen Staaten „Dienststellen“ vor allem für ökonomische Kontakte einrichten zu können, z. B. offizielle Handelsvertretungen, um zunächst mit ökonomischen und dann auch mit anderen Mitteln „einwirken“ zu können, d. h. die engen Beziehungen der DDR mit solchen volksdemokratischen Ländern zu lockern, um die DDR letzten Endes von den anderen sozialistischen Staaten zu isolieren. Barzel sprach auf dem 12. Bundesparteitag der westdeutschen CDU offen aus, welches Ziel diese Politik verfolgt:

24) vgl.: „Dokumentation der Zeit“, XVI. Jahrgang, 1964, Heft 322 (2. Novemberheft).

25) vgl. ebenda.

26) vgl. ebenda.

„... nicht mehr abzuwarten, sondern einzuwirken – menschlich, kulturell, ökonomisch, politisch. Es ist gut, daß wir Dienststellen hinter dem Eisernen Vorhang errichten ...“²⁷⁾

Diese Politik zeigt sehr große Ähnlichkeiten mit der sogenannten „Magnetfeld-Theorie“, die der USA-Botschafter in Bonn Mitte November 1964 in Westberlin erläutert hat. Walter Ulbricht enthüllte sie auf dem 7. Plenum des Zentralkomitees der SED. Nach dieser Theorie sollten die NATO-Mächte, also auch Westdeutschland, ihre angeblich vorhandene „magnetische Anziehungskraft“ auf die volksdemokratischen Länder verstärken, um sie von der Sowjetunion weg- und an die NATO heranzuziehen. Auch die DDR könne sich dann nicht mehr aus dem Magnetfeld heraushalten, ohne sich von den anderen sozialistischen Staaten zu isolieren. Und der USA-Botschafter spekulierte weiter, daß es dann der Sowjetunion schwerfallen würde, den Anschluß der DDR an Westdeutschland zu verhindern – er nannte es, „den Deutschen die Verständigung mit den Deutschen zu verbieten“, und meinte, daß schließlich „die Sowjets der DDR gestatten müssen, sich Westdeutschland zuzuwenden“.

Diese „Magnetfeld-Theorie“ ist nichts anderes als eine weitere Variation der altbekannten Methode imperialistischer Politik „Teile und herrsche!“ Wie anders ist es zu verstehen, wenn Erhard einerseits von Kontakten spricht und andererseits äußert:

„... im Osten wurden von Stalin Zustände geschaffen, die das deutsche und das polnische Volk nicht verbinden, sondern zu trennen geeignet sind. Darüber wollen wir mit unseren östlichen Nachbarn sprechen.“

Und weiter:

„... es ist ... wenig logisch, wenn Regierungen, die noch die Zwei- bzw. Drei-Staaten-Theorie vertreten, uns die Forderung präsentieren, wir sollten die Grenze anerkennen, die nach ihrer Auffassung gar nicht ‚unsere‘ Grenze ist ...“²⁸⁾

Das ist eine hinterhältige Form, Gebietsforderungen zu stellen. Erhard besaß sogar die Unverschämtheit, die revanchistischen Forderungen Bonns der polnischen Regierung als Verhandlungsgegenstand anzubieten. Eine Politik aber, die darauf abzielt, als Gegenlieferung für Kontakte und ökonomische Hilfe vor allem politische Konzessionen in bezug auf die imperialistische „Lösung“ des Deutschlandproblems zu erhalten, ohne auch nur im geringsten die nach dem zweiten Weltkrieg in Europa entstandene politische Situation anzuerkennen, ist von vornherein zum Scheitern verurteilt. Revanchistisch, militaristisch und antidemokratisch, wie diese Politik ist, ist sie auch wenig dazu angetan, das Ansehen und die Glaubwürdigkeit der Bundesrepublik in den sozialistischen

27) vgl. ebenda.

28) vgl.: „Dokumentation der Zeit“, XVI. Jahrgang, 1964 (2. Aprilheft).

Staaten zu erhöhen und sie „anziehend“ für diese Staaten zu machen.

Die Art und Weise, wie man zur Wiedervereinigung zu kommen glaubt, ist synchron mit den Zielen der Wiedervereinigung nach imperialistischem Vorbild. In der Etatdebatte des Bonner Bundestages bestätigte Erhard erneut diese imperialistischen „Wiedervereinigungs“-Ziele, die die Spannungsfeindlichkeit als Grundsatz der Politik der Bundesregierung deutlich werden lassen:

„... trotz aller Erfolge der deutschen Politik konnte unser höchstes Ziel – die Wiedervereinigung unseres Volkes – bis heute nicht erreicht werden.

Wir arbeiten auf vielen Ebenen unserer Politik, deren Einzelheiten erst später einmal überschaubar sein werden, auf dieses Ziel hin. Diese Einheit Deutschlands in einem geeinten Europa ist und bleibt das zentrale Problem unserer Politik.“²⁹⁾

Damit tut Erhard kund, wie er sich das wiedervereinigte Deutschland vorstellt. Das entspricht auch der „Grundsatz-erklärung“ der Parteiführung der westdeutschen CDU vom 11. Juli 1961:

„Wir halten in Übereinstimmung mit dem Deutschlandvertrag daran fest, in Zusammenarbeit mit unseren Verbündeten ein wiedervereinigtes Deutschland zu schaffen, das in die europäische Gemeinschaft integriert ist. Wir werden daher alles tun, um die Verteidigungskraft der Nordatlantischen Gemeinschaft zu stärken.“³⁰⁾

Diese „Grundsatz-erklärung“ zeigt ganz deutlich: Das wiedervereinigte Deutschland, also auch die DDR, soll politisch, militärisch und ökonomisch „integriert“ werden, soll einer Gemeinschaft imperialistischer Staaten, in der die westdeutschen Imperialisten die Führung zu übernehmen gedenken, einverleibt, soll Sachwalter der räuberischen Interessen der Imperialisten werden. Aus dieser Zielstellung heraus ist es verständlich, daß jedes Mittel zur Verständigung und nationalen Entspannung den kalten Kriegern in Bonn ein Dorn im Auge ist. Deshalb wettete Erhard in der Etatdebatte des Bundestages:

„Wer um eines falsch verstandenen, eines trügerischen Scheinfriedens willen am Ende doch unerträgliche Zustände hinzunehmen bereit sein könnte, beschwört geradezu tödliche Gefahren herauf. Aus der Zerspaltung dessen, was im Innersten zusammengehört, was überhaupt nur als Einheit zu begreifen ist, kann kein Frieden erwachsen. Wir dürfen das Heute nicht mit dem Morgen bezahlen und nicht für Erleichterungen eines Augenblicks die Zukunft aufs Spiel setzen...“

Weiterhin erklärte Erhard in der Etatdebatte:

„Die Bundesregierung erblickt nach wie vor in einer allgemeinen kontrollierten Abrüstung den Weg zu echtem und

29) vgl.: „Dokumentation der Zeit“, XVI. Jahrgang, 1964 (2. Novemberheft).

30) vgl.: „Neues Deutschland“ vom 21. 10. 1964.

dauerhaftem Frieden, sofern die eigentlichen, die inneren Ursachen der Spannungen beseitigt werden.“³¹⁾

Unter Spannungsherden, wie die Bonner Ultras sie gesehen wissen möchten, verstehen sie vor allem die Ergebnisse des zweiten Weltkrieges und die in seiner Folge entstandenen Veränderungen in Europa, die Ergebnisse einer verbrecherischen und abenteuerlichen Politik der deutschen Imperialisten und Militaristen – derjenigen Kräfte also, die heute in Westdeutschland wieder tonangebend sind und alles daran setzen, diese Realitäten wieder rückgängig zu machen. Die scheinbar harmlose und nationaldenkend anmutende Forderung, „Spannungsherde“ zu beseitigen, ist, wie vielfach erwiesen, mit den Zielen der Revanchepolitik im Einklang und selbst deren Bestandteil. Und so entpuppt sich die Bonner Politik einer Entschärfung oder Beseitigung der Spannungsherde als Politik der Konservierung und Verschärfung dieser Spannungen. Das wird auch offenkundig, wenn wir hören, was Erhard weiterhin zur Frage der Abrüstung Westdeutschlands zu sagen hat:

„... wir hegen jedoch Bedenken gegenüber solchen Einzelmaßnahmen, deren optische Wirkung nur geeignet ist, darüber hinwegzutäuschen, daß sich am Spannungszustand in der Substanz nichts geändert hat und daß der Westen als Ganzes, Europa und Deutschland, dadurch geschwächt werden würden...“

Die äußere Struktur der Bundeswehr und das ihr zugrunde liegende strategische Konzept bedürfen zweifellos ständiger Überprüfung und Anpassung an die politischen, militärischen und technologischen Gegebenheiten ... Wir streben, um das deutlicher und unmißverständlich zu sagen, eine multilaterale Streitmacht an ...

Was unsere Beziehungen zur Sowjetunion anlangt, so haben wir in den vergangenen Jahren wiederholt Vorschläge unterbreitet, die nach unserer Überzeugung zu einer Normalisierung der Beziehungen hätten führen können. Zu unserem Bedauern mußten wir jedoch feststellen, daß bisher alle unsere Bemühungen an der starren Deutschlandpolitik der Sowjetunion gescheitert sind.“³²⁾

Erhard versteigt sich schließlich zu der Behauptung:

„Während diese (gemeint ist die Sowjetunion) das Recht auf Selbstbestimmung jedem der zahlreichen jungen Staaten zubilligt, verweigert sie uns dieses Recht immer noch mit der Willkür des Siegers und verlangt, daß wir das Regime ihrer Statthalter auf deutschem Boden hinnehmen...“³³⁾

Für die kalten Krieger besteht die Selbstbestimmung des Volkes darin, daß sie selbst die Verhältnisse in der DDR nach imperialistischem Vorbild gestalten können. Solange die Deutschlandpolitik der westdeutschen Staatsführung darauf hinausläuft, ein imperialistisches Gesamtdeutschland zu

31) vgl.: „Dokumentation der Zeit“, a. a. O.

32) vgl. ebenda.

33) vgl. ebenda.

schaffen, das dann in ein imperialistisches Europa unter der Vorherrschaft des deutschen Imperialismus eingegliedert werden soll, solange sie nicht bereit ist, den anderen deutschen Staat anzuerkennen und mit ihm zu verhandeln, und statt dessen die Rüstung potenziert, so lange wird auch die Sowjetunion im Interesse der deutschen Nation und im Interesse der Erhaltung des Weltfriedens niemals irgendeiner derartigen Deutschland-Konzeption der Bonner Machthaber zustimmen. Das bringt der Freundschaftsvertrag eindeutig zum Ausdruck.

Eine mit territorialen Ansprüchen verbundene „Wiedervereinigungs“-Politik läßt sich im Grunde nur mit militärischen Mitteln durchführen. Die Bonner These, daß „die Wiedervereinigung oberstes Ziel der Deutschland-Politik“ sei und daß dieses Ziel unter allen Umständen und mit allen Mitteln, ohne irgendein – sowieso unberechenbares – Risiko zu berücksichtigen, verfolgt werden müsse, erklärt das Streben Westdeutschlands nach Verfügungsgewalt über Kernwaffen, wenn es sein muß auch innerhalb einer „multilateralen Atomstreitmacht“ (MLF). Der Militärsachverständige der „Frankfurter Allgemeinen“, Weinstein, hat das Mittel dieser selbstmörderischen imperialistischen „Wiedervereinigungspolitik“ in der Ausgabe des Blattes vom 20. Dezember 1963 gekennzeichnet:

„Nur eine Bewaffnung, die von der Idee des unberechenbaren Risikos geformt ist, kann dem Begriff der Vorwärtsverteidigung seinen Sinn geben.“

Also: „roll back“³⁴⁾ ohne Rücksicht auf Verluste, Einsatz jeglicher Waffen auf dem annexionistischen Weg zur „Wiedervereinigung“, ohne die Zerstörungskraft dieser Waffen zu beachten! Dieser Strategie entspricht auch der ungeheuerliche Plan des ehemaligen Nazigenerals und heutigen Bundeswehr-Generalinspektors Trettner, entlang der westdeutschen Grenze zur DDR Atomminen zu legen. Dieses Todeszonenprojekt ist nicht zu trennen von der gesamten antinationalen Haltung der westdeutschen Staatsführung, ist ihre bisher furchtbarste Offenbarung. Es ist die brutale Konsequenz jener Politik, die mit der imperialistischen Spaltung Deutschlands begann. Mit dem Trettner-Plan wird die direkte Existenzbedrohung für die gesamte deutsche Nation sichtbar, die dieser Verrat von Anfang an in sich barg. Über die Auswirkungen dieses Vorhabens schrieb die „Frankfurter Allgemeine“ zynisch, daß der Einsatz von atomaren Minen in relativ stark bewohnten Gebieten, die z. T. Industriezonen sind, und ein Bewegungskampf entlang einer 1000 Kilometer langen Grenze rund zehn Millionen Deutsche unmittelbar, die ganze Bundesrepublik aber mittelbar in Mitleidenschaft ziehen würde.

Warum will Bonn denn Atomminen entlang der Staatsgrenze stationieren und Westdeutschland in ein Pulverfaß ver-

wandeln, statt einen Vertrag abzuschließen über den Verzicht beider deutscher Staaten auf Kernwaffen? Es ist doch hohnsprechend, einem vernunftbegabten Menschen glaubhaft machen zu wollen, daß ein derartiges Projekt der Wiedervereinigung Deutschlands diene. Man bedenke, daß die Explosion einer Atommine im Grenzgebiet schon genügen könnte, um nicht nur Deutschland, sondern auch die Welt in einen Atomkrieg zu stürzen. Auf eine Wiedervereinigung in einem atomaren Massengrab verzichtet das deutsche Volk. An diesem Atomminenplan wird wieder offenbar, daß es der westdeutschen Staatsführung gar nicht um eine Wiedervereinigung auf friedlichem und demokratischem Wege geht. Hier wird die „Vorwärtsstrategie“ demonstriert, die den revanchistischen Interessen des westdeutschen Imperialismus entspricht, d. h. die Bundeswehrgeneralität will damit eine atomare Ausgangsstellung für ihre militaristischen Aggressionsabenteuer gegen die DDR und andere sozialistischen Staaten schaffen.

In einem Artikel, der in der „Stimme der Gemeinde“ Nr. 21 vom 1. November 1964 abgedruckt ist, wirft der in Westdeutschland lebende britische Journalist Sebastian Haffner die Frage auf, ob es einen national zu rechtfertigenden Grund dafür gäbe, daß Westdeutschland von Jahr zu Jahr seine Aufrüstung forciert. Er beklagt sich, daß dadurch im Bonner Staat alles aufgezehrt würde, was man von dem wachsenden Volkseinkommen an höheren Steuereinnahmen in den nächsten fünf, sechs Jahren erhoffen könne. Für alle die wirklich drängenden Notstände, gegen die etwas getan werden müßte – Bildungsnotstand, Krankenhausnotstand, Luft- und Wasserverseuchung, Straßenverstopfung –, bliebe nichts übrig, weil alles in die Vorbereitung auf den Kriegsfall gesteckt würde. Und er stellt die berechtigte Frage: „Steht denn der Krieg vor der Tür?“ – Die für die Rüstung in Westdeutschland Verantwortlichen geben Beruhigungspillen aus, indem sie sagen, daß davon keine Rede sein könne, aber man müsse auf alle Möglichkeiten eingerichtet sein. Sebastian Haffner gibt ihnen deutlich zu verstehen:

„Aber auf alle Möglichkeiten eingerichtet sein, das kann man nicht. Auf einen totalen Atomkrieg z. B., der gerade in Deutschland leider, wenn es überhaupt hier zum Kriege käme, ziemlich wahrscheinlich wäre, kann man sich nicht einrichten. Gegen den Tod ist kein Kraut gewachsen. Auf eine lange Friedensperiode richtet man sich auch nicht ein.“

Haffner kommt zu der Schlußfolgerung, daß sich die Bundesrepublik tatsächlich nur auf eine Möglichkeit einrichtet, auf die aber so gründlich und zielstrebig, als sei sie schon fast eine Sicherheit: auf die Möglichkeit eines Krieges. Ihm ist es, genau wie allen friedliebenden Kräften in beiden deutschen Staaten, unverständlich, warum es denn eigentlich zum Kriege kommen sollte, da doch niemand in der ganzen Welt etwas von der Bundesrepublik wolle, für das sie kämpfen müßte. Und er fährt fort:

34) „roll back“: „Zurückrollen“; gemeint ist das gewaltsame „Zurückrollen“ des Sozialismus aus Mittel- und Südosteuropa.

„Eigentlich hat die Bundesrepublik jede Aussicht, den Rest des Jahrhunderts wie schon die letzten 15 Jahre in tiefem, ungestörtem Frieden zu verbringen – wenn sie will.

Will sie? Man kann nicht umhin zu bemerken, daß sie ihrerseits eine Menge Dinge haben will, die ohne Krieg nicht zu haben sind: die ganze DDR, große Teile des heutigen Polens, einen kleinen Teil der heutigen Sowjetunion (einige Leute, die in der Regierung immerhin vertreten sind, wollen auch noch Teile der Tschechoslowakei haben).“

Haffner weist weiter auf den Widerspruch der westdeutschen Politik hin, daß man alles auf friedlichem Wege, ohne Gewalt, bekommen wolle, etwas, das offensichtlich ohne Gewalt nicht zu haben ist. Wenn man sich dann noch gleichzeitig so einseitig ohne Not auf einen bevorstehenden Krieg einrichte, wie es die Bundesrepublik tue, müsse das etwas eigenartig wirken. Wenn man dann noch berücksichtigt, daß, wie auch Haffner hervorhebt, es ja die Bundesrepublik ist, die sich lautstark als Rechtsnachfolger des früheren Deutschen Reiches, eines zweifellos kriegerischen Staates, bezeichnet und in sozialer und personaler Hinsicht das ehemalige Deutsche Reich auch brutal fortsetzt, „...dann muß man schon sehr arglos sein, wenn man sich gar nichts dabei denkt“. Wir stimmen mit Haffner überein, wenn er die Frage, ob denn ein Krieg im Interesse der Bundesrepublik liegen könne, folgendermaßen beantwortet:

„Wenn man sich ihre geographische Lage, ihre Bevölkerungsdichte, ihren Umfang ansieht, kann man das doch wirklich nicht sagen. Das große Deutsche Reich im voratomaren Zeitalter konnte mit einer gewissen Logik seine Sicherheit in militärischer Stärke und ständiger Kriegsbereitschaft suchen – obwohl es schließlich auch nicht gut damit gefahren ist. Aber für die kleine Bundesrepublik im Atomzeitalter ist das doch kopfschüttelmachende Gedankenlosigkeit. Der Krieg, auf den sie sich so kostspielig einrichtet, für den sie sich so sorgfältig vorbereitet, das wäre einfach die totale, von vornherein hoffnungslose, sinn- und zwecklose Selbsterstörung.“

3. Wo ist der Weg zur Lösung der nationalen Frage?

Das Bestehen und das Wirken der DDR, verbunden mit der Kraft und Stärke ihrer Bündnispartner im sozialistischen Lager haben dazu geführt, daß man sich seit einiger Zeit selbst in den herrschenden Kreisen der Großbourgeoisie Westdeutschlands und Westberlins zuweilen die Frage vorlegt, ob der bisherige Kurs der Bonner Deutschland-Politik weiter verfolgt werden kann oder ob er geändert werden muß und wie weit man dabei gehen könne. Hierüber herrschen verschiedene Meinungen. Es gibt Politiker und Persönlichkeiten, die einen Ausweg aus der Erfolglosigkeit der westdeutschen imperialistischen Deutschlandpolitik zu finden hoffen, indem sie an die Stelle der bisherigen Methoden dieser Politik neue, flexiblere Taktiken – wie sie es nennen – setzen, mit deren Hilfe das alte strategische Ziel, die Beseitigung der Arbeiter- und Bauern-Macht in der DDR, unter den veränderten Verhältnissen innerhalb und außerhalb der Nation doch noch erreicht werden kann.³⁵⁾

Die Haltung der Anhänger einer flexibleren Politik ist im wesentlichen von der Kennedyschen „Friedensstrategie“ beeinflusst. Deren Inhalt ist gekennzeichnet durch das Bestreben, die Herrschaft des Imperialismus zu stabilisieren, die Entwicklung des Sozialismus aufzuhalten und ihn nach Möglichkeit zurückzudrängen. Ihre Strategie und Taktik soll „nicht wie früher – zur Zeit der Dulles-Politik – ...eine einfache Politik des Konfliktes, sondern ...eine zweiseitige Politik der Zusammenarbeit und des Konfliktes sein, eine Linie des Kontaktes bei Fortsetzung des Wettrüstens“³⁶⁾. Die Parole „Wandlung durch Annäherung“, die Kennedy in seinen Reden vor der American University in Washington und in Westberlin im Juni 1963 prägte, drückt aus, daß der neue Kurs gegenüber dem sozialistischen Lager auf dessen „tödliche Umarmung“ hinzielen soll.

Wie sieht die „aktive Wiedervereinigungspolitik“ der flexiblen Richtung aus? Der Westberliner Bürgermeister Brandt drückte es einmal in einer Rede vor dem Westberliner Abgeordnetenhaus wie folgt aus:

„Wir wollen keine neuen Grundsätze, sondern wir wollen unveränderliche Grundsätze, Kontinuität im Sinne der Politik Ernst Reuters, anwenden auf die sich wandelnde Welt.“³⁷⁾

35) siehe: Wolfram Neubert; Zwei Linien der Bonner Deutschlandkonzeption, in: „Deutsche Zeitschrift für Philosophie“.

36) ebenda.

37) vgl. ebenda.

Im „Pressedienst des Landes Berlin“ vom Juli 1963 schrieb Brandt:

„Es geht um die simple Erkenntnis, daß es keine andere Aussicht auf friedliche Wiedervereinigung unseres Volkes gibt als den nichterlahmenden Versuch, die Erstarrung der Fronten zwischen Ost und West aufzubrechen ... Das bloße Verharren bietet keine Perspektive ... Das Gleichgewicht des Schreckens soll zurücktreten hinter dem illusionslosen Versuch zur friedlichen Lösung von Problemen ... Eine solche Konzeption kann zu einer Transformation der anderen Seite (!) beitragen.“³⁸⁾

T. Sommer schreibt in „Die Zeit“ (Hamburg) vom 3. Januar 1964 in einem Artikel „Menschlichkeit und Politik“:

„Die Prinzipien bleiben unangetastet, aber die Fakten werden anerkannt, damit sie verändert werden können ... Konkret (lautet die Frage): Wie wir das Regime (gemeint ist die DDR) von innen wandeln können, wo es nun einmal verwehrt ist, es von außen zu stürzen ... Diese Aufgabe gründet auf der nüchternen Erkenntnis, daß der Streit um die de-facto-Anerkennung ein müßiger Streit ... ist; daß wir aber unterhalb dieser Schwelle zu respektieren lernen müssen, was ist, damit wir uns daran begeben können, zu schaffen, was werden soll.“³⁹⁾

Solche Äußerungen lassen den Unterschied zwischen der Linie der Ultras und der „flexiblen“ Linie offenbar werden. Während die rechtsradikalen Kräfte die Beseitigung der DDR mittels militärischer Aggression bzw. militärischer Erpressung, den Frontalangriff entsprechend der Losung „Alles oder nichts“ auf dem Programm stehen haben und durch internationale Spannung zum Sieg kommen wollen, versuchen die Anhänger der flexiblen Richtung, z. B. auf dem Wege ökonomischer Erpressung, durch Kontakte und Konzessionen die gesellschaftlichen Verhältnisse in der DDR zu verändern, die DDR schrittweise zu zersetzen. Sie wollen die Entspannung für ihre eigenen Ziele nutzen.

Die Unterschiede zwischen den Ultras und den Vertretern der flexiblen Richtung innerhalb der Großbourgeoisie sind also taktischer Natur. Einig sind sich beide in dem Ziel, die imperialistische Macht in ganz Deutschland wiederherzustellen. Die flexible Politik ist demnach nur ein Formenwandel der antinationalen imperialistischen Politik, die darauf gerichtet ist, den Staat in Deutschland, der bereits die Zukunft verkörpert, zu vernichten oder zumindest abzuwerten. Diese Modifikation in der Deutschland-Politik darf nicht über ihren reaktionären Inhalt hinwegtäuschen, jedoch hat sie eine gewisse Bedeutung für den weiteren nationalen Kampf in Deutschland.

Der Kurs der westdeutschen und Westberliner Ultras ist unmittelbar gegen die Durchsetzung der friedlichen Koexistenz

38) vgl. ebenda.

39) vgl. ebenda.

als Lebensnotwendigkeit unserer Epoche gerichtet. Die elastischere Linie dagegen erleichtert in gewissem Maße die Durchsetzung dieser Prinzipien. Durch diese Linie erwachsen den Friedenskräften unter den gegenwärtigen Verhältnissen neue, günstigere Möglichkeiten, die Politik der Annäherung und Verständigung zwischen den beiden deutschen Staaten fortzusetzen. Bei alledem muß man sich darüber klar sein, daß die unter dem Zwang der Verhältnisse vollzogene Modifizierung der Deutschland-Konzeption in bestimmten Kreisen der herrschenden Klasse Westdeutschlands und Westberlins in ihrer Verwirklichung durch den noch sehr starken Widerstand der rechtsradikalen Kräfte gehemmt wird.

Während die orthodoxen Revanchisten in Westdeutschland an dem Prinzip „Alles oder nichts“ festhalten, fordern die „flexiblen“ Revanchisten eine Politik der „kleinen Schritte“. Diese Politik dient nicht etwa der friedlichen und demokratischen Wiedervereinigung, sondern dazu, die revanchistischen Ziele Bonns auf Umwegen zu erreichen. Große Schritte in dieser Hinsicht zu unternehmen, das ist seit der Errichtung des antifaschistischen Schutzwalls und dem Abschluß des Freundschaftsvertrages zwischen der DDR und der Sowjetunion nicht mehr möglich. Das sehen die „flexiblen“ Revanchisten ein. Sie wollen deshalb etwa auf der durch das Passierschein-Abkommen geschaffenen Verhandlungsbasis – um nicht die DDR direkt anerkennen zu müssen und um völkerrechtliche Vorwände für eine spätere Aggression in der Hand zu behalten – weitere Vereinbarungen mit staatlichen Organen der DDR treffen, durch die die Politik unseres Staates und unsere Bevölkerung beeinflusst werden könnten.

Der Westberliner Bürgermeister Brandt sprach in seiner Jahresabschluß-Pressekonferenz 1964 darüber, was er unter „kleinen Schritten“ versteht: Alle Westberliner sollten die Hauptstadt der DDR besuchen dürfen; denjenigen Westberlinern, die Verwandte in der DDR haben, solle die Erlaubnis zur Einreise in die DDR gewährt werden; der Telefonverkehr zwischen Westberlin und der Hauptstadt der DDR solle wiederhergestellt werden, und es solle die Möglichkeit für Verwandtenbesuche im Gebiet entlang der Staatsgrenze geschaffen werden.

Das sind Anliegen, die recht und billig wären, wenn nicht die kalten Krieger deren Erfüllung mißbrauchten, um unsere Republik zu schädigen. Solche Forderungen zu erfüllen hängt nun einmal nicht von unserem guten Willen ab, sondern von der den völkerrechtlichen Normen gemäßen Respektierung unseres Staates. Weil sich aber die antinationalen Kreise in Westberlin und in Westdeutschland immer noch gegen ein Klima der friedlichen Koexistenz sträuben, würden zur Zeit solche Vereinbarungen der Konterrevolution nur Tür und Tor öffnen. „Die Welt“ vom 4. Dezember 1964 läßt keinen Zweifel darüber, welches Ziel diese Politik verfolgt:

„Die Politik der kleinen Schritte, das heißt die schrittweise Veränderung der Bedingungen, unter denen die Menschen im anderen Teil Deutschlands leben müssen...“

Aus diesem gleichen redaktionellen Bericht ist außerdem zu entnehmen:

„Eine offensive Wiedervereinigungspolitik, die dem ‚nationalen Notstand‘ des deutschen Volkes gerecht werde, nannte Wilhelm Wolfgang Schütz, der geschäftsführende Vorsitzende des Kuratoriums (gemeint ist das sogenannte ‚Kuratorium Unteilbares Deutschland‘), als Voraussetzungen für Erfolge auf dem Wege zur nationalen Einheit. Diese Politik müsse die Verständigung mit dem Osten suchen, gleichzeitig aber die politischen, psychologischen und moralischen Bedingungen so grundlegend verändern, daß die SU die Zone als eine Belastung und nicht länger als einen Vorteil empfinde.“

Mit der Politik der „kleinen Schritte“ möchte man auf Kosten der DDR mit ihr Politik machen. Walter Ulbricht hat es auf der 7. Tagung des Zentralkomitees der SED deutlich gesagt:

„Das von uns vorgeschlagene Passierscheinabkommen zeigt, was möglich ist. Weitere Schritte setzen den schrittweisen Abbau des kalten Krieges voraus. Die DDR ist bereit, in der nationalen Politik kleine oder große Schritte zu gehen, aber sie müssen in eine gesicherte Friedensordnung hineinführen.“

Auch der sogenannte „freie Verkehr“ hängt von der Normalisierung der Beziehungen ab, die Verhandlungen zwischen beiden deutschen Staaten bzw. zwischen der Regierung der DDR und dem Westberliner Senat sowie in deren Ergebnis sichere Garantien für uns voraussetzen, daß unsere Souveränität von westdeutscher Seite aus anerkannt wird und alle diskriminierenden Maßnahmen gegenüber unserem Staat und seinen Bürgern unterbleiben. Solange aber durch diese sogenannte „Liberalisierung“ in der DDR nur versucht werden soll, Agenten einzuschleusen, um bei uns den Boden für die Verwirklichung der Vorwärtsstrategie vorzubereiten, unsere Menschen abzuwerben, unsere Wirtschaft zu schädigen, ist das Problem des Reiseverkehrs nicht hundertprozentig zu lösen.

Die DDR hat mit dem Abschluß des Passierscheinabkommens einen Schritt zur Verständigung getan. Leider folgte diesem auf Westberliner Seite kein Abbau des kalten Krieges, der dann in der Tat die Voraussetzung für neue Schritte, für weitere Abkommen bieten würde. Grenzprovokationen, Mord und Währungsspekulationen – das war die Antwort der Westberliner Ultras auf das Passierscheinabkommen, die vom Westberliner Senat direkt oder indirekt unterstützt wurde.

*

Es ist eine historische Tatsache, daß die westdeutsche Regierung keinen realen Plan für die Wiedervereinigung besitzt. Auch die Vorstellung des westdeutschen Außenministers Schröder, die deutsche Frage von einer ständigen Kommission der Außenminister der vier Großmächte regeln zu lassen, ist national nicht vertretbar. Die Wiedervereinigung Deutschlands ist und bleibt die Aufgabe der deutschen Staaten selbst. Walter Ulbricht hob in seiner Rede auf dem 7. Plenum des Zentralkomitees der SED hervor, daß die Idee Schröders darauf abzielt, die Lösung der deutschen Frage auf die lange Bank zu schieben, um letzten Endes Zeit zu gewinnen für den Versuch, die DDR von den anderen sozialistischen Staaten zu isolieren und sie dann unter die Fittiche der Imperialisten zu nehmen. —

Bei der Gegenüberstellung der Konzeptionen beider deutscher Staaten zur Lösung der deutschen Frage wird sehr deutlich, daß es nur unser Staat ist, der in Deutschland ein klares nationales Programm besitzt. Das ist verständlich, weil unser sozialistischer Staat es ist, der eine klare Friedensperspektive hat und dem die Zukunft in Deutschland gehört. Deshalb auch kann von ihm die Initiative für Frieden, Abrüstung und Verständigung ausgehen. Die westdeutschen Werktätigen aber tragen die Hauptverantwortung dafür, daß auch Westdeutschland recht bald gleich unserem Staat den Weg in die friedliche Zukunft unserer Nation beschreiten kann.

